Donnerstag, 21. Januar. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 8932. Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 ℛ𝓅 50 ₰. Auswärts 5 ℛ𝓅 — Inserate, pro Petit-Zeile 20 ₰, nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüßler. 1875.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 20. Jan. Hierselbst ist ein spanischer Cabinetscourier eingetroffen, welcher sich nach Berlin begiebt, um dem Kaiser Wilhelm ein Schreiben des Königs Alfons zu überbringen, in welchem derselbe seine Thronbesteigung anzeigt.

London, 20. Jan. Der jüngste, am 7. April 1853 geborene Sohn der Königin, Prinz Leopold, ist so schwer erkrankt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Petersburg, 20. Jan. Der „Reichsanzeiger" enthält eine amtliche Bekanntmachung, wonach der Baltischen Eisenbahngesellschaft die Concession zum Bau und Betrieb der Dorpat-Tapser Eisenbahn verliehen worden ist. — Der „Moskauer Zeitung" zufolge ist beim Kriegsministerium die Niedersetzung einer Commission im Werke, welche die Vermehrung der Militär-Armenhäuser berathen soll. — Der Winter ist in diesem Jahre ausnehmend streng und anhaltend, der Thermometer zeigt heute 23 Grad unter Null (Réaumur).

Reichstag.

48. Sitzung vom 20. Januar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Petitionscommission über mehrere auf das Eisenbahntarif-System bezügliche Petitionen. Die Commission beantragt, „diese Petitionen dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen: die Frage der Eisenbahntarif-Reform einer eingehenden Prüfung und Begutachtung durch Delegirte der Landwirthschaft, des Handels, der Industrie und der Eisenbahn-Verwaltungen unterziehen zu lassen." Es beantragen ferner 1) v. Minnigerode: den Antrag der Commission dahin zu ändern, daß die Prüfung nicht durch Delegirte, sondern auf Grund des Gutachtens von Delegirten u. s. w. — 2) v. Benda: die Petitionen dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, die Eisenbahntariffrage einer erneuten und eingehenden Enquête durch eine zu diesem Zwecke zu berufende Commission zu unterwerfen und von dem Ergebnisse derselben dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt Mittheilungen zu machen. — 3) Berger, v. Unruh und Loewe: die Petitionen dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen: die Frage der Eisenbahn-Tarifreform einer eingehenden Prüfung und Begutachtung durch eine aus Mitgliedern des Bundesraths und des Reichstags gleichmäßig gebildeten Commission, welche zur Vernehmung von Sachverständigen und Interessenten der Landwirthschaft, des Handels, der Industrie und der Eisenbahnverwaltungen befugt sein muß, unterziehen zu lassen. Und v. Saucken-Tarputschen fügt diesem Antrage den Schlußsatz v. Benda's hinzu: „und das Resultat dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen, während Oppenheim die gesperrten Worte streichen will.

4) Schröder (Friedberg): den Reichskanzler aufzufordern, bei dem Bundesrathe dahin zu wirken: daß bis zur definitiven Neuregelung des Tarifsystems und der Tarife auf den deutschen Eisenbahnen jede noch nicht eingetretene Aenderung der Güter- wie Personen-Tarife in der Richtung wirklicher Erhöhung nur mit besonderer Zustimmung der Reichsregierung und, soweit erforderlich, ausschließlich für den internationalen Verkehr erfolge, ohne daß der interne Verkehr dadurch belastet wird. — 5) v. Saucken-Tarputschen: Die Petition von Dortmund dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, die geeigneten Schritte zu thun: daß die durch Beschluß des Bundesrathes vom 11. Juni a. pr. von dem interimistisch zugelassenen Frachtzuschlage freigelassenen Gegenstände von demselben frei bleiben; für die übrigen im Art. 45 der Reichsverfassung erwähnten, sowie für alle Gegenstände, die bei sachgemäßer Auslegung des Art. 45, 2, als den erwähnten Gegenständen „ähnlich" anerkannt werden müssen, der interimistisch zugelassene Frachtzuschlag **wieder in Wegfall komme**. (Der Art. 45 der Reichsverfassung, auf den sich der vorstehende Antrag bezieht, lautet: „Dem Reiche steht die Controle über das Tarifwesen zu. Dasselbe wird namentlich dahin wirken: 1) daß baldigst auf allen deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden; 2) daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere, daß bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ein dem Bedürfniß der Landwirthschaft und der Industrie entsprechender ermäßigter Tarif und zwar zunächst thunlichst der Ein-Pfennig-Tarif eingeführt werde.") — 7) Kisker: die Petitionen dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen: die Frage einer Eisenbahntarif-Reform einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen, und dabei auch folgende Punkte ins Auge zu fassen: a. inwieweit durch den Rückgang der Preise der Betriebsmaterialien und der Löhne resp. der gesammten Betriebskosten diejenigen Grundlagen verändert sind, welche in der ersten Denkschrift des Reichs-Eisenbahnamtes zur Motivirung des Aufschlags von 20 Prozent gedient haben; b. ob die Verminderung der Rentabilität der Eisenbahnen nicht wohl eben so sehr in der theils nicht rationellen Organisation derselben und in Fehlern der Verwaltung zu suchen sein, als in zu geringer Höhe der Tarife. Hierbei Delegirte des Handels, der Industrie, der Landwirthschaft und der Eisenbahnverwaltungen zuzuziehen, und bis zur Erledigung dieser Angelegenheit den Eisenbahnen nur ein kurzes Provisorium zu gewähren, für welches die ergangenen Bestimmungen in Kraft bleiben.

Der Referent Frhr. **Nordeck zu Rabenau**: In der Commission wurden mit Rücksicht auf Art. 45 der Verfassung Zweifel darüber ausgesprochen, ob die von dem Bundesrathe einseitig zugelassene Tariferhöhung auf dem eingeschlagenen Wege ohne Verletzung der Verfassung überhaupt gewährt werden durfte, es wurde aber anerkannt, daß das deutsche Eisenbahntarifwesen schon deshalb der Reform dringend bedürftig sei, weil Ende 1873 auf den deutschen Eisenbahnen außer den 57 Lokaltarifen mit 5 bis 10 Klassen, 571 Verbandtarife mit einer nicht minder großen Anzahl von Klassen bestanden haben und sich Niemand leicht aus diesem Tarif-Chaos herauszufinden vermöge. Die ganze Angelegenheit sei zweckmäßig nur durch ein Reichsgesetz zu ordnen. Ferner erscheint das Verhältniß der Frachtsätze bei Befrachtungen über und unter 100 Ctr. ein unverhältnißmäßig ungünstiges für diejenigen Klassen der Bevölkerung, welche sich nicht in der Lage befinden, ganze Wagen zu befrachten — also vorzugsweise für den Mittelstand und die ärmeren Klassen. Als Beleg wurde mitgetheilt, daß z. B. künstlicher Dünger, welcher in Art. 45 der Verfassung unter denjenigen Artikeln genannt ist, für welche bei Transporten auf größere Entfernungen thunlichst der 1-Pfennigtarif eingeführt werden soll, in Ladungen unter 100 Centner auf deutschen Bahnen $1\frac{21}{22}$ Pfennig Fracht per Centner und Meile koste. Bei der preußischen Ostbahn hat der volle Zuschlag von 20 Proc. zu den früheren Tarifsätzen stattgefunden, obgleich der preußische Handelsminister im Abgeordnetenhause erklärt hatte, daß er von der zugelassenen Erhöhung nicht vollen Gebrauch machen werde und obgleich weiter auf dieser Bahn keine Minder- sondern eine Mehreinnahme erzielt worden ist. Seitens der Vertreter der Reichsregierung wurde in der Commission die Nothlage der Staats- und Privatbahnen als das zwingende Motiv bezeichnet, eine allgemeine Tariferhöhung zuzulassen, und zugleich hat man geglaubt, mit ihr eine Tarifreform in Verbindung bringen zu sollen, welche der Verworrenheit der Gütertarife der deutschen Bahnen, zu deren Beseitigung dem Reiche durch Art. 45 der Verfassung ein Mandat gegeben ist, ein Ende zu machen. Der Bundesrath hat sich im Prinzip für das sogenannte **Wagenraum-Collotarifsystem**, wie es auf den Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, Baden, in der Pfalz, sowie in vielen Eisenbahnverbänden für den directen Verkehr mit jenen Bahnen besteht, entschieden. Er hat sich jedoch nicht verhehlt, daß eine plötzliche und unvermittelte Durchführung dieses Systems vielerlei Unzuträglichkeiten für den jetzigen, an der Hand des bisherigen Systems groß gezogenen Zustand zur Folge haben würde, und daß es, um solche zu vermeiden, nothwendig sei, ein Uebergangsstadium zu schaffen. Dem Bundesrath ist dies dadurch erleichtert worden, daß inzwischen die überwiegende Mehrzahl der Bahnverwaltungen sich über ein System verständigt habe, welches sich zwar an das bestehende anschließt, mit dem elsaß-lothringischen System aber die gleichmäßige Behandlung des Colloguts sowie die Tarifirung der nicht Specialklassen zugewiesenen Güter nach dem Raume gemein hat. Der Bundesrath hat demgemäß in seiner Sitzung vom 11. Juni d. J. beschlossen: „1) daß vom Standpunkte des Reichs aus gegen eine mäßige, im Durchschnitt den Betrag von 20 Procent nicht überschreitende Erhöhung der Eisenbahn-Frachttarife unter der Voraussetzung nichts zu erinnern sei, daß, sobald als die erforderlichen Vorarbeiten es gestatten werden, spätestens aber mit dem 1. Januar 1875, das sogenannte gemischte Tarifsystem zur Einführung gelange, daß indessen diejenigen Bahnverwaltungen, welche das sogenannte natürliche (Wagenraum- und Collo-) System bereits eingeführt hätten, solches beibehalten dürften und daß dessen weiterer Einführung nichts entgegenstehe; 2) daß interimistisch eine Erhöhung der bestehenden Gütertarife, unter Ausschluß der zur Zeit geltenden Sätze für Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Salz, Mehl und Mühlenfabrikate, durch einen Zuschlag von höchstens 20 Proc. herbeigeführt werden dürfen." In diesem Beschlusse ist somit unterschieden zwischen einem Definitivum und einem Interimisticum. Für die definitive Regulirung ist eine durchschnittlich 20 Proc. nicht überschreitende Erhöhung, für das Interimisticum ein Zuschlag von höchstens 20 Proc. gestattet. Schließlich wurden die Verhandlungen der Commission dadurch abgekürzt, daß ausdrücklich erklärt wurde, das Reichseisenbahnamt habe in Aussicht genommen, die Einberufung einer Enquête-Commission beim Bundesrathe zu beantragen.

Präsident **v. Maybach**: Bekanntlich sind die Ergebnisse des Betriebes der Eisenbahnen unter dem Druck der Werthverminderung des Geldes in letzter Zeit erheblich zurückgegangen, so daß schon 1873 auf Grund der Resultate des Jahres 1872 die Besorgniß gehegt wurde, ob die Unternehmungen auch noch die Kraft und den Credit in Zukunft besitzen und behaupten würden, um den übernommenen Verpflichtungen ohne eine Erhöhung der Tarife zu genügen. Die Reichsregierung ist mit Widerstreben an die Frage herangegangen. Als aber auch das Ergebniß des Jahres 1873 ein so ungünstiges war, als ferner die Anträge der Eisenbahnverwaltungen und der einzelnen Landesregierungen immer dringender an sie herantraten, eine Tariferhöhung zuzulassen, hat sie an der Hand einer damals angelegten Berechnung dem Bundesrathe die Beschlußfassung unterbreitet, ob und in welchem Umfange eine Tariferhöhung nothwendig sei. Ich darf voraussetzen, daß aus der damals veröffentlichten Denkschrift des Reichseisenbahn-Amtes zur allgemeinen Kenntniß gekommen ist, daß man annahm, es sei eine Erhöhung der bestehenden Gütertarife um etwa 20 pCt. nothwendig, um eine durchschnittliche Rente von 5½ pCt. für die deutschen Eisenbahnen herbeizuführen. Der Bundesrath hat in Folge dessen den bereits citirten Beschluß vom 11. Juni v. J. gefaßt. Es wurde damals die Wahl gelassen zwischen dem sogenannten natürlichen, dem Wagenraumsystem, das auf den elsaß-lothringischen Bahnen eingeführt ist, und dem gemischten Tarifsystem, für welches sich die damals in Braunschweig versammelten Eisenbahnverwaltungen entschieden hatten, in dem letzteren Falle jedoch mit der Maßgabe, daß von einer Vorbedingung, von der die Eisenbahnverwaltung ausgegangen war, nämlich von der Zulassung von Ausnahmetarifen neben dem festen System, abgesehen werden sollte. Es wurde ferner vom Bundesrath eine Enquête über die zweckmäßige Gruppirung der einzelnen Artikel und über die Tarifvorschriften, die zu Grunde zu legen seien, veranlaßt und es sollten zu dieser Enquête Delegirte der Eisenbahn-Verwaltungen, des Industrie- und Handelsstandes und der Landwirthschaft hinzugezogen werden. Inzwischen halten die Eisenbahn-Verwaltungen von der Befugniß der Erhöhung der Tarife um 20% zum Theil Gebrauch machte. Ich sage zum Theil; denn einige Eisenbahn-Verwaltungen haben es absolut abgelehnt, sich einem der vom Bundesrathe als angemessen bezeichneten Tarifsysteme zu accommodiren; andere haben nur in einem beschränkten Maße von der Tarif-Erhöhung Gebrauch gemacht; wieder andere allerdings vollständig und einzelne sogar auf eine mißverstandene Auffassung der Beschlüsse des Bundesrathes hin auch über 20% hinaus. (Bewegung.) Die Enquête hat stattgefunden, sie hat aber nach der Auffassung der Reichsregierung nicht solche Resultate gehabt, daß darauf eine definitive Beschlußfassung erfolgen konnte. In nochmaliger Erwägung des Gegenstandes hat das Reichseisenbahnamt beschlossen, dem Reichskanzler eine Denkschrift vorzulegen, in welcher beantragt worden ist, daß eine Verlängerung des Provisoriums unter denjenigen Beschränkungen stattfinden sollte, welche nach der Reichsverfassung als vorgezeichnet betrachtet worden, daß eine Remedur gegen die Ueberschreitungen des Bundesrathsbeschlusses vom 11. Juni vorigen Jahres stattfinden, und daß endlich eine Enquête veranstaltet werden möge unter Zuziehung von Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirthschaft und der Eisenbahnverwaltungen. Es wurde ferner vom Reichs-Eisenbahnamte befürwortet, daß die für das definitive Tarifsystem einzuführenden Sätze unbeschadet bestehender Concessionsbedingungen unter den festzustellenden Bedingungen, welche allgemein und gemeinsam im Deutschen Reiche anzunehmen wären, als Maximalsätze gelten sollten, und daß der etwaigen Neigung der Eisenbahnverwaltungen, noch weitere Tarifänderungen eintreten zu lassen, kein Vorschub geleistet werde. Die Berathung im Bundesrathe darüber ist noch nicht zum Abschluß gediehen; allein das bisherige Ergebniß dürfte zu der Hoffnung berechtigen, daß die Beschlüsse der verbündeten Regierungen sich im Wesentlichen in der Richtung bewegen werden, welche in der Denkschrift des Reichs-Eisenbahnamtes bezeichnet ist. Die Reichs-Behörden sind sich bewußt, daß sie in dieser überaus schwierigen und die tiefsten Interessen berührenden Frage nach zwei Seiten objectiv und unparteiisch verfahren müssen, sie haben zu berücksichtigen, daß der Credit der Eisenbahnunternehmungen zu sehr mit dem öffentlichen Interesse zusammenhängt, als daß sie den Eisenbahnunternehmern Leistungen ansinnen dürften, welche lediglich darauf hinausliefen, ihre Leistungsfähigkeit einzuschränken, um auf der andern Seite vielleicht Vortheile, die doch nicht so sehr ins Gewicht fallen, zu gewähren. (Sehr richtig!) Auf der andern Seite hat aber auch die Reichsregierung die Pflicht, die Interessen der verschiedenen Verkehrszweige, des Handels, der Landwirthschaft, der Industrie zu schützen. Die Enquête, welche in Vorschlag gebracht und welche auch von Ihrer Petitions-Commission Ihnen wiederum vorgeschlagen, wird allerdings eine der schwierigsten Aufgaben zu lösen haben. Es handelt sich da um die Kenntniß des Details des Eisenbahndienstes, damit man nicht in verschiedenen Anforderungen zu weit gehe; es handelt sich aber auch ebenso um die Kenntniß der Interessen der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels, damit den berechtigten Anforderungen dieser großen Zweige die ihnen gebührende Rücksicht zu Theil werde.

Abg. **v. Saucken-Tarputschen**: Nach den eben gehörten Ausführungen bin ich der Ueberzeugung, daß entsprechend der Denkschrift auch jetzt noch die verbündeten Regierungen es als ihre Pflicht ansehen, an der Verfassungs-Bestimmung des Art. 45 festzuhalten, so bald nicht zwingende Gründe sie veranlassen diesen Boden zu verlassen. Da demnach die verbündeten Regierungen den Boden, auf welchem mein Antrag steht, ebenfalls einnehmen, und die Abweichung meiner Ansicht von den eben entwickelten Gesichtspunkten ein ganz unwesentlicher ist, so ziehe ich meinen Antrag zurück. (Beifall.)

Abg. **Berger**: In dem Petitionsbericht wird gesagt, daß die beschlossene Tariferhöhung eine Aenderung der Verfassung zur Voraussetzung habe. Sehe ich mir den Art. 45 an, so muß ich sagen, daß ich selten eine Bestimmung gefunden habe, die eine so große Menge von elastischen relativen Begriffen in so wenigen Worten in sich schließt. Es heißt da, die möglichste Gleichstellung und Herabsetzung thunlichst zu erreichen. Kennen Sie, m. H., ein Wort, das relativerer Bedeutung wäre als das Wort „möglichst"? Es heißt ferner die Herabsetzung der Tarife soll eintreten bei „größeren" Entfernungen. Was sind „größere Entfernungen"? fangen sie an bei 10, 20, 40 oder 50 Meilen? Es heißt ferner, daß „ähnliche Gegenstände" auch zum Einpfennigtarif transportirt werden sollen. Was sind denn nun „ähnliche Gegenstände" von Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen und Düngungsmitteln? Je nachdem Jemand diesen Artikel erweitern will, kann er hunderte und aberhunderte Objecte darunter subsumiren. Dann heißt es, „es solle der Tarif dem Bedürfnisse der Landwirthschaft und der Industrie entsprechend ermäßigt werden? Was verlangen die Bedürfnisse der Landwirthschaft und der Industrie? Etwa daß die Eisenbahnen keine Rente mehr abwerfen sollen, daß die Tarife so weit ermäßigt werden sollen, daß das Kapital vom Eisenbahnmarkte vollständig zurückgescheucht wird? Das Bedürfniß der Landwirthschaft und der Industrie verlangt zunächst, daß die Eisenbahnen solche Tarife haben, daß eine verständige, mäßige Rente für das darin angelegte Kapital übrig bleibt, so daß das Kapital Vertrauen zu den Eisenbahnen behält und bereitwillig neue Gelder zu neuen Eisenbahnen hergiebt. (Sehr richtig!) Wenn wir das nicht anerkennen, dann haben wir dem Eisenbahnbau ein für alle Mal ein Ende gemacht. Nun endet der Art. 45 mit der Erklärung, daß zunächst „thunlichst" der Einpfennigtarif eingeführt werden solle. Was bedeutet aber wiederum „thunlichst"? Und Angesichts eines solchen Artikels und eines solchen Wortlautes will man positives Recht daraus machen, welches eine andere Interpretation nicht zuläßt? Man will daraus die Reichsregierung einer Verfassungsverletzung zeihen. Wenn die Interpretation, die im Commissionsbericht gegeben wird, richtig wäre, daß eine Erhöhung der Tarife absolut ausgeschlossen sei, dann meine ich, daß, so wenig ich bis dahin den Reichskanzler in Verdacht gehabt habe, sich bei seinen Vorlagen, und namentlich bei dem Entwurf der Reichsverfassung der Kirchenheiligen zu bedienen, in der That der heilige Crispinus der Verfasser des Art. 45 wäre. Wenn das so gedeutet werden soll, wie es die betreffenden Mitglieder der Commission gedeutet haben, dann sage ich, aus anderer Leute Leder sollen Riemen geschnitten werden. Was würden z. B. die Herren von der Landwirthschaft sagen, wenn es in einem Artikel 46 b. hieße: Das Reich wird dahin streben, daß die nothwendigsten Lebensmittel zu dem nächstbilligen Preise verkauft werden, etwa ein Scheffel Roggen zunächst, wie bei dem Eisenbahntarife, zu 1 Thlr., die Kartoffeln zu 10 Sgr. und die anderen Lebensmittel in demselben Sinne. (Heiterkeit.) Die Väter unserer Verfassung haben aber mit den Artikeln 45 und 46 gar nicht das sagen wollen, was verschiedene Personen hineingelegt haben. Aus den stenographischen Berichten geht hervor, daß man es ausdrücklich ausgesprochen hat, daß Bahnen, welche nicht in der Lage sind, zum Einpfennigtarif zu transportiren, auch nicht dazu sollen angehalten werden können; daß es vor Allem darauf ankomme, dem Kapital das nöthige Vertrauen zu Eisenbahnanlagen zu erhalten, daß man durchaus keinen Zwang gegen sie anwenden solle, sondern daß die Controlle der Reichsbehörde nur dazu dienen solle, die Tarife soweit zu ermäßigen, als sich das mit den eigenen Interessen der Eisenbahnverwaltung und einer verständigen Rente vereinbaren ließe. Nun ist der Abg. Dr. Michaelis, der damals diese Gesichtspunkte besonders vertrat, von der Ansicht ausgegangen, „daß die Betriebskosten der Eisenbahnen mehr und mehr sinken und wir nach zwei Jahren vielleicht schon billiger, als zum 1 Pfennig-Tarif fahren werden." Wie hat sich der verehrte Abgeordnete in dieser Annahme getäuscht. Zwei Jahre nach dem vom Abg. Michaelis ins Auge gefaßten Termin fand nicht eine Ermäßigung der im Jahre 1867 geltenden Preise statt, sondern im Gegentheil eine Erhöhung. Die Kohlen stiegen auf das Dreifache ihres Werthes, Eisen auf das Doppelte, Gehälter und Löhne um ein Drittel. Von allen Seiten erhöhten sich die Anforderungen an die Eisenbahnen, sowohl von Seiten des Staates als von Seiten des Publikums. Wenn das Publikum aber so weit gehend in seinen Ansprüchen an die Eisenbahnen ist, dann, meine ich, muß es sich auch die Consequenzen gefallen lassen. — Was war nun die Folge? Während wir vom Jahre 1870 bis 1873 im ganzen deutschen Reiche einer Blüthe des Handels, der Industrie und der Landwirthschaft uns erfreut haben, von der wir keine Ahnung hatten, ist der wichtigste aller Industriezweige, die Eisenbahnen, in seinen Erträgnissen zurückgegangen. Die Betriebsausgaben haben betragen (nach Procenten der Bruttoeinnahmen): bei den preußischen Staatsbahnen 1867: 55%, 1873 dagegen 77%. Während also 1867, wo der Einpfennigtarif obligatorisch gemacht wurde, der Ueberschuß 45% betrug, war er 1873, also gerade in der Zeit der allergrößesten Blüthe der übrigen Industriezweige, nur 23%. Bei den badischen Staatsbahnen stiegen die Ausgaben von 49 auf 59%, bei den bairischen Bahnen von 53 auf 58, bei den sächsischen Bahnen von 40 auf 54, bei den würtembergischen Bahnen von 52 auf nur 53. Bei den Privatbahnen ergiebt sich folgende Scala: Die Bergisch-Märkische Eisenbahn hatte 1867 nur 45 pCt., 1873 dagegen 62 pCt. Ausgaben; bei der Oberschlesischen Bahn entstand eine Steigerung von 42 auf 53 pCt., bei der bayerischen Ostbahn von 37½ pCt. auf 55 pCt., bei der Berlin-Anhalter Bahn von 36 auf 46, bei der Berlin-Hamburger Bahn von 47 auf 51, bei der Magdeburger Bahn von 40 auf 59, bei den Braunschweigischen Bahnen von 51 auf 66, bei der Hessischen Ludwigsbahn von 37 auf 52, bei der Köln-Mindener von 50 auf 61, bei der Magdeburg-Leipzigerbahn von 41 auf 48, bei der Magdeburg-Halberstädter Bahn von 54 auf 55 pCt. ꝛc. ꝛc. Das ist das Resultat der consequenten Verschlechterung der Eisenbahnverhältnisse in den 6 Jahren 1867—1873. — Ich glaube nun ferner, daß man der Regierung nicht vorwerfen kann, sie sei bei der Tariferhöhung zu rasch vorgegangen. Schon am 17. November 1873 hat der preußische Finanzminister Camphausen bei der Einbringung des Budgets auf die consequente Verminderung der Ueberschüsse aus den Staatseisenbahnen hingewiesen und die Frage der Tariferhöhung angedeutet. Die Betriebsresultate für 1873 waren noch viel schlechter. Der Bundesrath faßte dann, von der unabweislichen Nothwendigkeit der Tariferhöhung überzeugt, den bekannten Beschluß vom 11. Juni 1873. Die deutschen Landesvertretungen haben sich in ganz derselben Weise ausgesprochen. Die Tariferhöhung hätte nur schon 1871 und 1872 vorgenommen werden sollen. Bei der damaligen Blüthe der Industrie würde sie nicht fühlbar gewesen sein und man hätte sich augenblicklich schon an diesen Zustand gewöhnt. Nun war aber die Tariferhöhung in eine Periode des schweren Darniederliegens der Eisen- und Kohlen-Industrie gefallen und darum wird diese allerdings sehr stark davon betroffen. Die Interessenten aus diesen Kreisen verlangen die rücksichtslose Wiederaufhebung der Frachterhöhung, mag aus den Eisenbahnen werden, was da will. Ich glaube, die Leute, die so sprechen, verstehen ihr eigenes Interesse nicht, sie wollen der Kuh, die ihnen Milch und Butter giebt, kein Futter mehr geben. Die betreffenden Stimmen aus der Eisenindustrie vergessen, daß von 32 Millionen Centner Eisen, welche 1874 im Deutschen Reiche producirt worden sind, die Eisenbahnen allein 12 Millionen absorbirt haben. Ein neuer Aufschwung der Eisenindustrie ist nur möglich, wenn die jetzt sistirten Eisenbahnbauten wieder in Geltung kommen. Die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft, die bekanntlich am schwersten unter der zu weit hinaus geschobenen Erhöhung der Eisenbahntarife leidet, hat sich entschlossen, 1875 nicht ein Pfund Eisenbahnschienen, keine Locomotive und keinen Wagen zu bestellen. Die Eisenindustrie in Rheinland und Westfalen würde aber die Tariferhöhung gern und leicht ertragen, wenn große Eisenbahn-Gesellschaften sich entschließen wollten, die von ihnen angeordneten Bauten fortzusetzen. Allerdings muß ich auch zugeben, daß viele Eisenbahnen bei der Durchführung der Tariferhöhung rücksichtslos vorgegangen sind und einzelne Sätze um 40, 50, 80, ja 100 pCt. erhöht haben, indem sie interpretirten, die Erhöhung solle **durchschnittlich** 20 pCt. betragen. Das sind Mißbräuche, gegen die das Reichskanzleramt nicht entschieden genug auftreten kann. Auch werden die Eisenbahn-Verwaltungen selbst gründlich reformiren müssen. Große Eisenbahnpaläste dürfen nicht mehr gebaut werden, wie sie im Laufe der letzten 10 Jahre gebaut sind. Dabei aber muß ich doch daran erinnern, wie wir selbst declamirt haben, wenn auf verschiedenen Eisenbahnen die Bahnhöfe nicht genug elegant und großartig gewesen sind; das Publikum hat also die Eisen-

bahnverwaltungen stimulirt, in dieser Beziehung verschwenderische Anlagen zu machen. Im Uebrigen constatire ich, daß verschiedene Eisenbahn-Verwaltungen schon aus eigenem Antriebe die Tariferhöhung theilweise wieder in Wegfall bringen. Die Rheinische Eisenbahn hat auf ihrer Hauptlinie, wo sie allerdings billige Betriebskosten hat, den Pfennigtarif festgehalten; die Köln-Mindener Bahn hat im Verein mit den übrigen betheiligten Bahnen auf der Strecke Dortmund bis Berlin die 20 Proc. Zuschlag auf 10 Proc. herabgesetzt und ich bin fest überzeugt, daß wir unter Zuhilfenahme der Concurrenz in kurzer Zeit den früheren Zustand haben werden. Nun hat das Reichseisenbahnamt in der bekannten Denkschrift vorgeschlagen, für die im Art. 45 der Verfassung genannten Objecte die Tariferhöhung wieder ganz in Wegfall zu bringen. Ich glaube, das Reichseisenbahnamt sollte doch erst die Betriebsergebnisse von 1874 abwarten. Wenn aber für die im Art. 45 genannten Objecte die Tariferhöhung sofort ganz wieder in Wegfall käme, so würde das nicht viel weniger bedeuten, als daß die ganze Tariferhöhung überhaupt wegfiele. Die Bergisch-Märkische Bahn z. B. hat allein 71% ihrer sämmtlichen Güterbewegung in diesen Objecten stecken, die Köln-Mindener Bahn sogar 74%. Ich glaube, eine allmälige Ermäßigung der Tariferhöhnng würde für alle Interessenten bei weitem zweckmäßiger sein. Ich erlaube mir Ihnen meinen Antrag zu empfehlen. Es kommt darauf an, in welcher Weise die Enquête, zu der das Reichseisenbahnamt sich entschlossen hat, ausgeführt werden soll und da befolgen wir am besten das Beispiel, das uns die preußische Staatsregierung durch Einsetzung der Untersuchungscommission aus Anlaß der Lasker'schen Rede eingesetzt hat. Die Commission beantragt eine Enquête, zu der Deligirte der Landwirthschaft, der Eisenbahnverwaltungen, des Handels und der Industrie zugezogen werden sollen. Ja das würde ein so bedauerliches Interessenparlament werden, als wir es jemals hier in Berlin noch gehabt haben Die Eisenbahnverwaltungen würden erklären, daß die Tarifreform unbedingt nothwendig sei, die Herren von der Industrie würden erklären, daß zwar die Objecte der Industrie alle Berücksichtigung verdienten. daß aber beispielsweise das Getreide nicht so billig transportirt zu werden brauche; die Interessen des Ackerbaues aber würden unwiderleglich erklären, daß das Getreide billiger gefahren werden müsse, während dies bei Eisen und Kohlen keineswegs nothwendig sei. (Heiterkeit.) Ein solches Interessenparlament würde gar keinen Erfolg haben. Ich habe gedacht, daß die zu bildende Commission am besten aus einer kleinen Anzahl von Mitgliedern bestände, daß der Bundesrath drei ernenne, der Reichstag aus seiner Mitte ebenfalls drei und daß der Kaiser oder der Reichskanzler den Vorsitzenden bezeichne. Diese Commission würde dann das Recht und die Pflicht haben, Sachverständige und Interessenten aus allen Kreisen zu vernehmen. Ein Specialgesetz ist zur Ausführung meines Vorschlages nicht nothwendig. Eben so wenig kommt die Diätenfrage dabei zur Sprache. Wenn nur wenige Mitglieder sind, so werden die Sitzungen der Commission höchstens 4 bis 6 Wochen dauern und zu einer angemessenen Entschädigung der Reichstagsdeputirten für diese Frist hat das Reichskanzleramt in seinem Dispositionsfonds die hinreichenden Mittel. (Vielfacher Beifall.)

Präsident Maybach: Ich muß zunächst einen sachlichen Irrthum des Vorredners berichtigen. Ich habe nicht sagen wollen, daß die im Art. 45 aufgeführten Gegenstände unter allen Umständen von dem Frachtzuschlage frei bleiben sollen: er soll nur dann in Wegfall kommen, soweit nicht zwingende Gründe unter Zustimmung der Reichsbehörde und der Staatsaufsichtsbehörde eine Ausnahme als zulässig erscheinen lassen. Was nun die aus Mitgliedern des Reichstages und des Bundesrathes zu bildende Commission angeht, so dürfte der Vorgang aus dem preußischen Abgeordnetenhause nicht anzuziehen sein, weil er sich auf eine verfassungsmäßige Bestimmung stützt. Im Art. 85 der preußischen Verfassung wird den beiden Häusern des Landtages die Befugniß zugesprochen, daß sie zu ihrer Information besondere Commissionen einsetzen können. Ein solche Befugniß des Reichstages ist in der Reichs-Verfassung nicht ausgesprochen und es möchte schwer sein, ohne einen besonderen legislativen Akt einer solchen Commission die Befugniß zu verleihen, ohne welche sie keine Wirkung haben kann, nämlich die Befugniß, Sachverständige zu vernehmen. Was die Enquete angeht, so kann ich mich zur Zeit noch nicht bestimmt darüber aussprechen, in welcher Weise und Form dieselbe ausgeführt werden soll. Ich glaube aber, daß man unter Zuziehung von Sachverständigen einen Fragebogen aufstellen wird, welcher die einzelnen Punkte specialisirt, über welche man eine genaue Auskunft verlangt. Ob die darauf erfolgenden Antworten noch mündlich ergänzt oder gar discutirt werden sollen, wird sich erst im Verlaufe der Untersuchung herausstellen. Ein solches Interessen-Parlament, wie der Vorredner es befürchtet, steht also wohl kaum in Aussicht.

Abg. Schröder zieht mit Rücksicht auf die Erklärungen des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes seinen Antrag zurück.

Abg. v. Minnigerode: Wir möchten die Gefahren des Interessenten-Parlaments vermieden sehen, wir wünschen aber, daß alle Interessenten gehört werden, die Industrie, der Handel, die Landwirthschaft, und auch die Eisenbahnverwaltungen, deshalb haben wir Ihnen eine kleine Aenderung des Commissionsantrages vorgeschlagen.

Abg. Lasker: Der Vertreter des Bundesrathes hat in Bezug auf die Enquêtecommission erklärt, daß der Reichstag nicht dieselben Rechte habe wie das preußische Abgeordnetenhaus, weil in der preußischen Verfassung im Art. 85 ausdrücklich von der Einsetzung von derartigen Commissionen gesprochen wird, in der Reichsverfassung sich aber eine solche Bestimmung nicht findet. Diese Ansicht darf nicht unwidersprochen bleiben. Bei Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde eine ähnliche Bestimmung beantragt, aber unter Verständigung zwischen den Mitgliedern und unter Anerkennung der Regierung, daß es selbstverständlich sei, daß dem Reichstage eine solche Befugniß zustehe, wurde der Antrag fallen gelassen. Es ist also durchaus kein Unterschied zwischen dem deutschen Reichstage und dem preußischen Landtage.

Nachdem der Abg. Stenglein den Benda'schen, Kisker seinen Antrag empfohlen und Berger seinen Antrag im Interesse der Sache zu Gunsten des von Benda'schen zurückgezogen, wird nach Ablehnung der Antrag Benda's mit dem Zusatze v. Saucken, der sich ursprünglich nur auf den Berger'schen Antrag bezog, angenommen. —

Nachdem der Antrag Schulze auf Abänderung des Art. 32 der Verfassung (Zahlung von Diäten und Reisekosten an die Reichstags-Mitglieder) in dritter Berathung ohne Debatte gegen die Stimmen der Conservativen und der deutschen Reichspartei angenommen worden, geht das Haus über zu dem Antrage der Abgg. v. Taczanowski und Gen.: „Die preußische Regierung aufzufordern, daß sie den ehemaligen polnischen Landestheilen seitens des preußischen Staates und dessen Monarchen gesetzlich und thatsächlich zuerkannten, und auf Grund internationaler Verträge zustehenden Rechte hinsichtlich der Nationalität, insbesondere der Sprache, aufrecht erhalten und die denselben widersprechenden Erlasse aufgehoben werden."

Abg. v. Taczanowski: Mit unserem Antrage wollen wir constatiren, daß die preußische Regierung durch Unterdrückung unserer Nationalität und Sprache ein schweres Unrecht thut. In den Motiven zu unserem Antrage haben wir auf die Occupationspatente der Könige Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III. Bezug genommen, welche dem Hause wohl die Ueberzeugung beibringen werden, daß den polnischen Landestheilen bei der Besitzergreifung internationale und sonstige Stipulationen zuerkannt worden sind mit bestimmten das nationale Wesen berücksichtigenden Momenten. Diese Verheißungen absoluter Monarchen sind bei der Feststellung der preußischen Verfassung von der Volksvertretung anerkannt und angenommen worden. Auch das Frankfurter Parlament hat die Verpflichtung anerkannt, daß den in Deutschland wohnenden fremden Nationalitäten Schutz gewährt werden müsse. Ich habe die Hoffnung, daß das deutsche Parlament von 1874 dem von 1848 an Gerechtigkeit nicht nachstehen und das Verfahren der preußischen Regierung daher ernstlich mißbilligen wird. Dieses Verfahren ist nichts als der Ausdruck des neuesten Staatsdespotismus, der Verfolgungen braucht, eben so wie der Staat von Dahomy Menschenopfer. (Gelächter.) Geben auch Sie hier unseren Klagen kein Gehör, so wird sich in der polnischen Bevölkerung die Ueberzeugung mehr und mehr befestigen, daß sie vom Abendlande nichts zu erwarten hat. Es wird dazu beitragen, daß sie ihre Blicke fortan ausschließlich nach Osten wenden wird, woher sie allein noch Rettung erwartet. (Große Unruhe.)

Abg. Lucius beantragt Uebergang zur einfachen Tagesordnung. Abg. v. Unruhe-Bomst für diesen Antrag: Für die preußischen Staatsbürger existirt kein anderes Grundgesetz als die preußische Verfassung. Daß diese verletzt worden wäre, ergiebt sich weder aus dem Antrage, noch aus seiner heute gehörten Motivirung.

Abg. v. Niegolewski: Dem Vorredner kann nicht unbekannt sein, wie oft ich hier die in den polnischen Landestheilen Preußen's befolgten Regierungsmaximen als ein System geistiger Verdummung und religiöser Verwilderung bezeichnet habe. Wenn Herrn v. Unruh solche Erlasse, wie sie in den Motiven genannt sind, unbekannt sind, beweist das nur, wie wenig er sich um sein (Landraths-) Amt kümmert. (Redner wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) In einstündiger Rede unterwirft nun der Redner die Regierungserlasse der letzten Jahre einer ausführlichen Kritik. Die Verdeutschungssucht habe z. B. dahin geführt, daß eine Frau Sasculska als „als verehelichte Schwalbe" in das Standesregister eingetragen sei. (Heiterkeit.) Redner beschwert sich weiter über die Schließung polnischer geselliger und wissenschaftlicher Vereine, und geht schließlich mit der eingehendsten Gründlichkeit auf die auf dem Gebiete der Kirche und Schule erfolgten Maßregeln ein. Häufig vom Hause durch Schlußrufe unterbrochen, läßt er sich von dem Faden seiner Rede keineswegs abbringen, sondern ertheilt seinen Unterbrechern den Rath, während seines Vortrages den Saal zu verlassen. (Heiterkeit.) Redner schließt mit einem Angriff auf die „national-liberale" Politik, welche Preußen im Großherzogthum Posen verfolgt, und die die Polen der Verzweiflung in die Arme treiben werde. — Der Antrag auf Tagesordnung wird mit knapper Majorität abgelehnt.

Abg. v. Puttkammer (Sorau) bedauert, daß ein solcher Antrag wieder gestellt worden ist, auf dessen Ablehnung sicher zu rechnen ist, und der zwar dem Reichstage keine Verlegenheit bereiten kann, ihm aber unnöthigerweise viele Zeit kostet. Die Antragsteller sagen, alle ihre Anträge gingen von ihrer nationalen Politik aus, und doch haben sie sich mit den Vertretern einer antinationalen Politik associirt (heftiger Widerspruch), sie haben sich in letzter Zeit von den Ultramontanen und Jesuiten ins Schlepptau nehmen lassen. In Posen machen die Geistlichen dem Staate große Opposition, allein sie haben das polnische Volk nicht gerade zu höherer Cultur herangezogen, aber ich bin überzeugt, daß man in wenigen Jahren den Segen der im Unterrichtswesen getroffenen Veränderungen spüren wird. Die obrigkeitlichen Verordnungen, auf denen sie beruhen, sind tadellos, und sollte in ihrer Anwendung irgendwo gefehlt werden, so werden die Behörden nicht zögern, den Fehler gut zu machen. Nicht loben möchte ich die Germanisirung polnischer Ortsnamen, aber die Zurückübersetzung deutscher Familiennamen aus dem Polnischen in's Deutsche ist in der Ordnung und macht der Willkür, die hierin herrscht, ein Ende. Ich bitte Sie, meine Herren, den vorliegenden Antrag abzulehnen und dadurch zugleich der preußischen Regierung den Wunsch auszudrücken, daß sie auf dem betretenen Wege fortschreiten möge. (Beifall.) Nach persönlichen Bemerkungen Windthorst's und Puttkammer's und nachdem v. Niegolewski noch einmal unter großer Unruhe für den Antrag gesprochen, wird derselbe abgelehnt (dafür stimmen die Polen, Elsässer, Socialdemokraten und das Centrum). — Nächste Sitzung: Donnerstag.

Danzig, den 21. Januar.

Der Reichstag hatte neun Gegenstände auf die Tagesordnung des gestrigen Schwerinstages gesetzt, konnte aber in einer sechsstündigen Sitzung nur drei davon erledigen. Die eine Hälfte der Zeit wurde der Eisenbahntariffrage gewidmet, die andere Hälfte war die in jeder Session den Klagen der Polen und deren Widerlegungen gewidmete Zeit. Die Debatte des letzteren Gegenstandes entbehrte des gewohnten dramatischen Interesses, weil Fürst Bismarck fehlte. Bei der Frage der Eisenbahntarife standen sich die verschiedenen Interessen unvermittelt gegenüber, und es mußte daher zu dem in solchen Dingen gewöhnlichen Aushilfsmittel gegriffen werden: der Reichskanzler soll die Sache durch eine Commission untersuchen lassen. Die zwischen beiden Gegenständen erfolgte dritte Lesung des Schulze'schen Diätenantrages wurde ohne Discussion abgethan, d. h der Antrag wurde mit der traditionellen Majorität angenommen.

Die „Prov.-Corr." hofft, daß der Reichstag seine unerläßlichen Arbeiten mit Ablauf dieses Monats beendigen werde; im Landtage werde vor dem 1. Februar kaum eine Sitzung stattfinden können. Die Regierung ist mit den von der Commission beschlossenen Abänderungen des Bankgesetzes nicht einverstanden; das halbamtliche Blatt schreibt: „Bei der zweiten Lesung wurden einige wichtige Beschlüsse in Abweichung von den Absichten der Regierung gefaßt, durch welche die Vereinbarung des Gesetzes im Augenblick erheblich erschwert erscheint. Es ist jedoch zu hoffen, daß in dem Reichstage selbst, welcher vermuthlich am Freitag in die Berathung des Gesetzes eintritt, eine schließliche Verständigung auch über die noch streitigen Punkte erzielt und damit das Zustandekommen des wichtigen und seither unter allseitigem Entgegenkommen berathenen Gesetzes von Neuem gesichert werden wird."

Die Officiösen bestreiten, daß das im Ministerium des Innern ausgearbeitete Project der neuen Städteordnung fallen gelassen sei. Die Herren Bürgermeister arbeiten noch fast täglich mit dem Minister bis in die Nacht hinein; ihnen sei aber der unter der Aegide des Grafen Eulenburg von Geheimrath Wohlers ausgearbeitete Entwurf zu — liberal. Nach dem Entwurf sollte die Bestätigung der Stadträthe fortfallen und nur die der Bürgermeister bestehen bleiben, der Minister habe das viele Bestätigen satt; die Bürgermeister aber wollen in dieser Beziehung Nichts vor den Stadräthen voraus haben, sie sehen vielmehr eine große Gefahr für Regierung und Staat voraus, wenn die Stadträthe nicht mehr von der Regierung bestätigt werden. So schreibt man wenigstens aus Berlin den „Hamburger Nachrichten".

Die Carlisten stellen der deutschen Regierung durch ihr Berliner Organ, die „Germania", folgende spaßige Drohnote zu: „Nichts bestätigt die Landung von hundert preußischen Soldaten bei Zarauz (Guipuzcoa). Uebrigens würden die Carlisten die Gewalt mit der Gewalt erwidert haben. Weder tausend noch zehntausend Preußen würden im Stande sein, sich in einer unserer Küstenstädte festzusetzen. Im Falle einer — wenig wahrscheinlichen — directen Intervention würde der Stern des Fürsten Bismarck eben so schnell in Spanien erbleichen, wie der Napoleon's I."

Der gestern angezogene sogenannte diplomatische Correspondent der „K. Z." bestätigt noch einmal seine Meldung, daß die spanischen Schiffe von den Carlisten die Bestrafung der Schuldigen und eine hohe Entschädigung fordern sollen welche nicht nur die Ladung der Brigg „Gustav", sondern auch das gestrandete Schiff selbst deckt; außerdem soll ihnen noch eine besondere Strafsumme aufgelegt werden. Nach Ablauf einer bestimmten Frist werden die in Aussicht gestellten „Maßregeln" folgen, die darin bestehen sollen, daß die öffentlichen Gebäude und die von den Carlisten besetzten Küstenpositionen beschossen werden. Wenn deutsche Schiffe solche Forderungen und Drohungen stellten, so würden wir dies begreifen können, die spanische Regierung erniedrigt sich aber, wenn sie in solcher Weise mit den räuberischen Insurgenten verhandelt. Die spanischen Schiffe hätten schon lange die kleinen carlistischen Küstenplätze in die Gewalt der Regierung bringen sollen; denn Waffen und Munition haben die Carlisten zumeist über dieselben erhalten. Wenn nun die Carlisten jene Forderungen erfüllen sollten, hätte in diesem Falle nicht die spanische Regierung die moralische Verpflichtung übernommen, dort die Carlisten in Ruhe zu lassen?

Inzwischen können möglicherweise an der Küste von Biscaya wichtige Dinge vorgefallen sein. Nachrichten von dort erreichen uns immer sehr spät, weil die Landwege in den Händen der Carlisten sind, die See aber im Winter in jenem Golfe häufig so stürmisch ist, daß Segelschiffe nicht auszulaufen wagen und die gebrechlichen, in England ausrangirten Dampfer, welche dort als Postdampfer fungiren, dasselbe auch nicht riskiren. Die „Augusta", welche am 8. Januar in St. Thomas eintraf, um sogleich nach der spanischen Küste weiter zu schiffen, kann mittlerweile auch schon dort eingetroffen sein.

König Alfons sollte gestern bereits in Logrono, dem Hauptquartier der Nordarmee, eintreffen, und man erhofft von ihm die baldige Beendigung des Carlistenkrieges, wenn auch weniger durch Waffenthaten, als durch Verhandlungen. Viele der carlistischen Häuptlinge sind ja nicht Schwärmer für Don Carlos, sie sind nur in dessen Lager gegangen als Feinde der Republik, und man glaubt, daß sie gern mit der neuen Regierung ein „Convenio" abschließen werden, wie ja auch der erste Carlistenkrieg durch ein solches sein Ende fand. Sie werden sich nun so theuer wie möglich an Alfons verkaufen wollen, sich den Rang in der Regierungs-Armee sichern, den sie bei dem Prätendenten inne haben, und die ersten Häupter werden vielleicht noch besondere klingende Vortheile zu ergattern suchen. So etwas ist ja in Spanien kaum mehr schimpflich. Ein Telegramm aus Hirsch's Bureau will wissen daß Alfonso nur eine Revue über die Nordarmee abhalten und dann nach Madrid zurückgehen wird, um die Cortes einberufen zu lassen. Die das „Convenio" einleitenden Verhandlungen werden wahrscheinlich dadurch nicht gestört werden. Einige meinen, daß vor Abschluß eines solchen noch einmal ein Messen der Waffen stattfinden wird, weil die nach einem solchen Vertrage Lüsternen dadurch, daß sie dem neuen Regime noch einmal ihre Macht beweisen, einen hohen Preis zu erzielen hoffen.

Frankreich wird von allerlei alarmirenden Gerüchten beunruhigt. Unter Landleuten und Kleinbürgern ist die Meinung verbreitet, daß der Krieg mit Deutschland bereits im nächsten Frühjahr losgehen solle, und da die Geschäfte dadurch gestört werden, so droht der Justizminister jeden Verbreiter solcher Nachrichten durch den Staatsanwalt belangen zu lassen. Dann hat der letzte Wahlsieg der Bonapartisten wieder die Furcht vor dem Imperialismus stärker wachgerufen, die von dessen Anhängern noch absichtlich genährt wird. Man fürchtet ernstlich, daß im Heere ein Complot zur Proclamirung des Kaiserreiches bestehe. An der Börse verbreiten bonapartistische Agenten das Gerücht, Mac Mahon werde seine Entlassung nehmen, um ein bonapartistisches Pronunciamiento zu erleichtern. Sicher von all dem ist nur, daß die Erbitterung der Parteien in Versailles sich vermehrt hat. Das rechte Centrum, auf welches sich die Regierung seit Thiers' Sturz stützte, ist in voller Auflösung begriffen. Ein Drittel desselben, ehemalige officielle Candidaten oder Beamte des Kaiserreichs, wird sich nach der zweiten Berathung der constitutionellen Gesetze wahrscheinlich den Bonapartisten, ein schwaches Drittel der gemäßigten Rechten, ein starkes Drittel zum Theil den Erzroyalisten, zum Theil dem linken Centrum anschließen. Die Zahl der Letzteren würde wohl höchstens 40 betragen, was indessen genügend sein dürfte, um den Plan Audiffret's, die sechsjährige Republik, durchzubringen. Der sechsjährigen Republik wird der Marschall jedenfalls Widerstand entgegensetzen, da er immer noch für die Broglie'schen Plane ist. Da er aber den gesetzlichen Boden nicht verlassen will, so wird er, wie man glaubt, sich entweder fügen oder zurücktreten müssen, welch' Letzteres nicht sehr wahrscheinlich ist.

Deutschland.

△ Berlin, 20. Jan. Seitens des Bundesrathes tagten heute die Ausschüsse für Seewesen und Justizwesen und beschäftigten sich mit dem Gesetzentwurf betreffend Bauten und sonstige Anlagen an der Jade. Es handelt sich dabei um das vom Reiche beanspruchte Recht, Bauten, welche von der oldenburgischen Regierung unternommen und weit in den Jadebusen hineinreichen, im Interesse des Kriegshafens ohne Entschädigung zu beseitigen, wogegen die oldenburgische Regierung protestirt. In dieser Session wird die Angelegenheit auf legislatorischem Wege indessen nicht mehr zur Erledigung kommen. — Im Bundesrathe bezweifelt man, daß die Vorlage wegen der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches in dieser Session noch zur Erledigung kommen wird, es ist deshalb bereits beschlossen, wie im vorigen Jahre, ein Nothgesetz einzubringen, wodurch die Controle des gesammten Haushalts des Deutschen Reichs für das Jahr 1874 von der preußischen Ober-Rechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reichs" wie bisher geführt wird. — Aus Mecklenburg kommen interessante Personalnachrichten. An Stelle des verstorbenen Domänen-Directors Böckler, eines freisinnigen Mannes, ist der Ministerial-Director Nettelbladt berufen worden, ein Mann von ausgesprochener reactionärer Gesinnung; man sieht darin eben keinen Anhalt für die Annahme, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in liberaler Weise die Einführung einer Verfassung beabsichtige. Im Weiteren wird bekannt, daß der bisherige Chef der mecklenburgischen Finanzverwaltung Staatsrath v. Miller in den Ruhestand tritt und an seine Stelle der zeitige mecklenburgische Gesandte in Berlin Legationsrath v. Bülow, dessen Vorgänger und Namensvetter zum Staatssecretär des auswärtigen Amtes ernannt worden, berufen ist.

— Bekanntlich hatte der Prinz Friedrich Carl vor Kurzem eine anfänglich nicht sehr bedeutende Verletzung am Fuße davongetragen. Das anfänglich geringe Uebel hat sich indeß, eben weil es zuerst für vollständig unbedeutend gehalten wurde, und weil der Prinz den ärztlichen Anordnungen nicht Folge leistete, nicht unbeträchtlich verschlimmert. Gegenwärtig muß der Prinz das Bett hüten, da sich aus der geringfügigen Verletzung eine Knochenhautentzündung herausgebildet hat. — Uebrigens wird uns von dem Unwohlsein des Prinzen folgende hübsche Anecdote berichtet: Als Geheimrath Langenbeck bei einem ärztlichen Besuch den Prinzen, den kranken Fuß im Stiefel, auf dem Sopha liegend fand, meinte er: „Ja, Kgl. Hoheit, so kann der Fuß freilich unmöglich gesunden." „Ganz gleich, lieber Geheimrath," war die Antwort, „aber ein Hohenzoller trägt keinen Pantoffel — —." Thatsächlich versagt sich denn auch sowohl der Kaiser heute noch ebenso, wie die Prinzen die gänzlichen Bequemlichkeiten einer Morgentoilette, wie sie in Gestalt von Schlafrock und Pantoffeln in bürgerlichen Kreisen gang und gäbe sind.

* In Wiener Blättern ist die Nachricht zu lesen, Erbprinz Friedrich Wilhelm von Baden werde sich mit der Prinzessin Beatrice, dritten Tochter der Königin Victoria von England, verloben.

— Einer der fleißigsten Mitarbeiter der „Germania" war der Frhr. v. Schrötter, früher Landrath in Ostpreußen, dessen Artikel stets die Bemerkung trugen: „von einem Protestanten". Herr v. Schrötter ist nun, wie zu erwarten stand, förmlich und feierlich in den Schooß der katholischen Kirche „zurückgekehrt."

— Heute hat eine Versammlung von Gläubigern der Berliner Nordbahn stattgefunden, die zahlreich besucht war und in der es zu ziemlich lebhaften Expectorationen kam. Nach längerer Discussion einigte sich die Versammlung dahin, der Gesellschaft ein Moratorium bis Ende April zu gewähren, und beauftragte die Verwaltung der Bahn, unter Assistenz eines Vertrauensmanns der Gläubiger bis zu dieser Frist diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche für eine außergerichtliche Liquidation des Unternehmers von Nöthen sind. Man hofft in den Verwaltungskreisen der Bahn noch immer, daß es gelingen werde, die Angelegenheiten der Bahn leidlich zu entwirren und glaubt, daß entweder der Staat oder ein Privatunternehmer die Anlage der Nordbahn-Gesellschaft unter Umständen erwerben werde, welche nicht blos eine Befriedigung der Gläubiger garantiren, sondern auch noch für die Actionäre etwas zu retten ermöglichen dürften. Die „Börs. Ztg." theilt diese Hoffnung in keiner Weise, sondern glaubt vielmehr, daß weder der Staat noch ein Privatunternehmer die Bahn zu anderen als sehr niedrigen Preisen übernehmen wird.

— Der „Zeitschrift für das höhere Unterrichtswesen Deutschland's" geht die Mittheilung zu, daß nun auch ein Normaletat für Progymnasien und höhere Bürgerschulen im preußischen Cultusministerium aufgestellt sei. Nach demselben solle das Durchschnittsgehalt für jeden akademisch gebildeten Lehrer, den Rector eingeschlossen, 950 Thlr. oder 2850 Mk. betragen, 300 Mk. weniger, als das Durchschnittsgehalt der Gymnasial- und Realschullehrer. Das Blatt warnt deshalb junge Lehrer, welche die Qualification für den Unterricht in den oberen Klassen der Gymnasien und Realschulen haben, sich durch momentan günstige Aussichten verleiten zu lassen, eine Anstellung an höheren Bürgerschulen oder Progymnasien anzunehmen, weil dies Durchschnittsgehalt nicht ausreichend sei, das Gehalt an kleinen Orten nur sehr langsam zu steigen pflege und ältere Lehrer solcher kleinen Schulen nur in seltenen Fällen in die oberen Stellen von Gymnasien und Realschulen berufen würden. Das Leben in kleinen Städten sei überdies oft recht theuer. Das Blatt empfiehlt, den vorhandenen großen Lehrermangel im Interesse der Lehrer, wie der Schulen auszunutzen. Das eröffnet recht angenehme Aussichten für die kleineren Städte, denen es ohnehin schon meist recht schwer wird, ihre höheren Bürgerschulen zu erhalten. Wenn sie angesichts dessen die Dinge gehen lassen, wie sie gehen wollen, so können sie sich über die Folgen der Lässigkeit nicht beklagen. Und doch hört man noch von keiner kleinen Stadt, die im Interesse ihrer höheren Bürgerschule oder ihres Progymnasiums die Görlitzer Petition um gesetzliche Regelung der Beitragspflicht des Staates unterstützt hat. Die Petition ist dem Abgeordnetenhause

bereits durch den Abgeordneten Dr. Baur übergeben und wird von demselben persönlich befürwortet und vertreten werden.

Stettin, 19. Jan. Wir haben kürzlich mitgetheilt, daß in einer Dorfgemeinde im Greifenhagener Kreise ein im October civiliter getrauter Korbmachermeister durch den Ortsgeistlichen und später durch den Gemeindekirchenrath aufgefordert wurde, dem Civilacte die kirchliche Trauung folgen zu lassen, und wurde, als letzter Termin hierfür der 31. Dezember v. J. angesetzt; der Gemeindekirchenrath behielt sich für den Fall, daß das junge Ehepaar auch bis zu diesem Tage die kirchliche Trauung noch nicht nachgesucht habe, weitere Schritte vor. Dieser Fall ist eingetreten und am 11. d. Mts. hat der Gemeindekirchenrath zu Neumark, dies ist der Wohnort des Korbmachermeisters, folgenden Beschluß gefaßt, den wir in seinem Wortlaute folgen lassen: „Beschluß des Gemeinde-Kirchenraths zu Neumark vom 11. Jan. 1875. Nachdem die an den Korbmachermeister N. N. gerichtete Ermahnung vom 7. Dezbr. 1874, die kirchliche Trauung nachzusuchen, vergeblich geblieben ist, beschließt der Gemeindekirchenrath: 1) Dem Korbmachermeister N. N. ist das kirchliche Wahlrecht in der Gemeinde von vornherein zu versagen. 2) Die N. N.'schen Eheleute sind vom Taufpathenstande auszuschließen. 3) Den N. N.'schen Eheleuten wird die Zulassung zum heiligen Abendmahl nur in der Voraussetzung zugestanden, daß sie vor der Beichthandlung zu persönlicher Besprechung sich bei dem Geistlichen melden. 4) Die vorstehenden Bestimmungen werden hinfällig, sobald die kirchliche Trauung begehrt wird. Der vorstehende Gemeinde-Kirchenraths-Beschluß wird dem Korbmachermeister N. N. hierdurch mit dem Bemerken mitgetheilt, daß der von ihm etwa zu ergreifende Recurs an die Kreissynode Colbatz zu richten ist. Zietlow, Pastor und Superintendent."
N. St. Z.

Schweiz.

Bern, 16. Jan. Der Gotthardtunnel war Ende November an beiden Mündungen auf 2807,8 Meter (etwa ein Fünftel der Gesammtlänge) gediehen; der Monatsfortschritt betrug 168,3 Meter. — Die Ausfuhr aus der Schweiz nach den Vereinigten Staaten hat im v. J. einen Werth von 61,351 931 Fr. erreicht; im letzten Jahrzehnt belief sie sich jährlich auf fast 57 Mill. durchschnittlich. Die stärksten Artikel waren Seidenwaaren mit 25 Mill., Webereien mit fast 18 Mill., Uhren mit mehr als 42 Mill., Käse mit 2 Mill. — Eine von 130 aargauischen Lehrern besuchte Versammlung in Turgi hat beschlossen, den großen Rath um Aufrechthaltung des Besoldungsgesetzes zu ersuchen etc.; auch haben sich die Lehrer verpflichtet, sich zu keiner Stelle zu melden, deren Besoldung unter dem vorgeschlagenen Minimum steht. — Der dreifache Landrath von Glarus hat mehrere Punkte des Entwurfs einer Verfassungsrevision mit großer Mehrheit abgelehnt, als: Trennung von Kirche und Staat, weil noch nicht zeitgemäß; Aufhebung des Kapuzinerklosters in Näfels (blos die Wirksamkeit in der Schule wird untersagt und dem Staate das Recht der Aufhebung vorbehalten, im Uebrigen könne dies einzige Landeskloster eines natürlichen Todes sterben); die Erklärung des Schulwesens als Sache des Staates, nicht der Gemeinden. — Die St. Galler Regierung hat der geistreichen Begräbnißordnung der Gemeinde Goldbach, welche für die Todten eine Rang- und Quartierliste von 4 Klassen aufstellt, die Genehmigung versagt. — Der Regierungsrath von Luzern hat zwei Lehrern in Escholzmatt, angeblich wegen ihrer politischen Ansichten, nicht nur die Gehaltszulage verweigert, sondern auch die Besoldung auf das Minimum heruntergeschraubt, obschon diese Lehrer die beste Note hatten und von Jedermann geachtet sind. Gegen diese Censur haben 141 Bürger von Escholzmatt, allen politischen Schattirungen angehörend, protestirt. Nichts ist doch den Ultramontanen unbequemer und verhaßter als die Schule, ausgenommen ihre eigenen jesuitischen Drillanstalten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Januar. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung wurde eine Zuschrift mehrerer czechischer Abgeordneter Böhmen's verlesen, in welcher dieselben erklären, sie können der Aufforderung, im Reichsrathe zu erscheinen, nicht nachkommen. Sie motiviren diese Ablehnung mit dem Hinweis auf die historischen Rechte Böhmen's. Eine Zuschrift der Jungczechen Sladkowsky Gregr und Trojan macht das Erscheinen derselben im Reichsrathe von der Entscheidung der Majorität der Mitglieder des Landtages abhängig. Das Haus erklärt das Ausbleiben der czechischen Abgeordneten für ungerechtfertigt und lehnt den Antrag betreffend die Ueberweisung der erstgenannten Zuschrift an einen Ausschuß ab. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärten die Abgg. Graf Hohenwart und Genossen, sie würden sich an der Debatte über die Abänderung des Anhanges zur Wahlordnung für den Reichsrath in Bezug auf einige Bezirke der böhmischen Landgemeinden nicht betheiligen. Der diesbezügliche Gesetzentwurf wird hierauf in dritter Lesung angenommen. Ebenso wird nach lebhafter Debatte trotz des Einspruches des Justizministers der Antrag der Minorität des Ausschusses, welcher die Aufhebung des Legalisirungszwanges fordert, in namentlicher Abstimmung mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 18. Jan. Das „Journal officiel" veröffentlicht die Ernennung des Abbé Cotton zum Bischof von Valence. Bekanntlich hat Msgr. Gueulette, der bisherige Bischof, und das ganze Domcapitel ihre Entlassung eingereicht, weil sie wegen ihrer angeblich zu liberalen Gesinnungen harte Angriffe erfahren hatten, die sofort angenommen wurde. Msgr. Gueulette hat sich in das einsame Bernhardiner-Kloster der Insel del Re zurückgezogen. — „Opinion Nationale" und „IX. Siècle" haben offizielle Widerlegung erhalten, da sie behauptet hatten, bei Anstellung der Offiziere der Territorialarmee nehme man Rücksicht auf ihre politischen Meinungen.

— 19. Jan. Die Nationalversammlung führte heute die Berathung des Gesetzes über die Cadres der Armee von Art. 8 bis zum Art. 27 fort. Ein Antrag von Langlois, dem Kriegsminister die Befugniß zu ertheilen, ebenso wie die übrigen Offiziere auch die Generale nach Erreichung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen, wurde abgelehnt. Art. 12 wurde an die Commission zurückverwiesen und die Berathung über Art. 14 ausgesetzt. Die übrigen Artikel wurden angenommen.

— 20. Januar. Die Fraction der Rechten hält dem Vernehmen nach daran fest, die Vertagung der Berathung der constitutionellen Gesetzentwürfe bis nach der Reconstruction des Ministeriums zu beantragen. — Der neue Municipalrath in Marseille ist aus Veranlassung einer Discussion gegen die von der Nationalversammlung bewilligte städtische Anleihe suspendirt worden.

Spanien.

— Die „Agence Havas" erfährt, es habe sich ein Delegirter des carlistischen Comité's in London in das Hauptquartier von Don Carlos begeben. Von dem aus englischen Capitalisten bestehenden Consortium, welches Don Carlos eine Anleihe gewährt hatte, sei die Verabfolgung weiterer Zahlungen abgelehnt worden.

Italien.

Rom, 15. Jan. Graf Minghetti scheint die Hoffnung nicht aufgegeben zu haben, sich am Ruder zu erhalten, denn die officiösen Blätter sprechen von neuen Gesetzen, die er nächstens dem Parlament vorlegen werde, u. A. ein Gesetz über die Ueberwachung des Agro-Romano. Es wäre freilich endlich Zeit, daß dieselbe einmal in Angriff genommen würde, leider aber ist zu fürchten, daß es bei dem Plane bleibt, aber nichts ausgeführt wird. — Der Unterrichtsminister, welcher, auf einer Visitationsreise in Oberitalien sich befindet, hat angeordnet, daß bis Ende Februar alle diejenigen welche Unterricht ertheilen, den Nachweis der Qualifikation zum Lehramt beizubringen haben, widrigenfalls sie, selbst unter Anwendung von Polizeigewalt, aus den Schulen entfernt werden sollen. Dies ist ein tödtlicher Schlag für die clerikalen Institute und daher großer Jammer in der Gesellschaft Jesu und ihrer Freunde, welche lehren, daß die Unwissenheit eine Tugend und Gott wohlgefällig sei. — Menotti Garibaldi ist nach Caprera gereist, um seinen Vater abzuholen und nach Rom zu begleiten. Die Mitglieder des liberalen Wahlcomités von Trastevere veröffentlichten heute in den Oppositionsblättern einen Aufruf an die Arbeitervereine Italien's zur Einsetzung eines Central-Comités, welches Beiträge à 1 Lire zum Besten Garibaldi's so lange sammeln soll, bis eine Million beisammen ist, die ihm dann als Nationalbelohnung angeboten werden soll. — Die Consorteria hat gestern einen harten Schlag erlitten, denn der garibaldische Major Lobbia, den man vor einigen Jahren in einer engen Straße zu Florenz durch zwei Meuchelmörder in's Jenseits zu befördern versuchte, weil er beweisen wollte, daß gewisse hohe Personen von den Interessenten des Tabacksmonopols bestochen seien, ist vorgestern von dem Appellhofe zu Lucca von der Anklage sich selbst verwundet zu haben, freigesprochen worden. — Aus San Remo wird gemeldet, daß die russische Kaiserin wieder hergestellt ist und täglich im offenen Wagen Spazierfahrten macht, sowie daß ihre beiden jüngsten Söhne dort angekommen sind. Von der Abreise der hohen Frau ist daher vorläufig nicht mehr die Rede. — Der Papst empfing wieder vorgestern durch den Cardinal Cataldi 20,000 Lire Beitrag zum Peterspfennig aus der Diöcese von Carcassonne.

England.

London, 18. Jan. Nun Paris sein neues Opernhaus hat, soll auch London der dramatischen Musik eine zweckentsprechendere Behausung anweisen, als sie zur Zeit die beiden Häuser zu Drury Lane und Covent Garden bieten. Die baldige Wiedereröffnung des königlichen Opernhauses in Haymarket scheint wieder fraglich geworden zu sein, obwohl Herrn Mapleson bereits der Contract zugesprochen war. Dagegen stehen einige einflußreiche Gönner der Oper mit dem städtischen Arbeitsamt wegen Ankauf einer passenden Stelle auf dem Themsequai in Unterhandlung, auf welcher ein großartiges Opernhaus errichtet werden soll. Bis auf einen nebensächlichen Punkt scheint eine Einigung gesichert. Nahe dem projectirten Opernhaus am Themsequai, soll auch der neue liberale Club seine bleibende Behausung erhalten. Zum Bau derselben wird eine sehr erhebliche Summe aufgenommen. — Die Aufhebung des Belagerungszustandes in den Grafschaften Mayo, Tipperary und einigen Gemeinden in Limerick und Roscommon, welcher auf Grund des irischen Friedenserhaltungsgesetzes unter dem liberalen Ministerium erklärt war, ist nicht etwa als ein Versuch zur Bestechung der Nationalpartei durch das conservative Ministerium anzusehen, als welche er schwerlich von mehr als sehr mäßiger Wirkung sein würde, sondern die Uebel, wegen welcher die „Proclamirung" (d. i. die Erklärung des Belagerungszustandes) erfolgt war, sind, statistischem Nachweis zufolge, in der letzten Zeit so gut wie verschwunden, so daß zur Beibehaltung des Zwangsmittels kein fernerer Grund vorliegt.

Manchester, 20. Jan. Der „Manchester Guardian" schreibt, daß Baron Reuter in seinem bei der persischen Regierung wegen der von der letzteren dem russischen General Falkenhagen ertheilten Eisenbahnconzession eingelegten Proteste nachdrücklich auf seinen Rechten bestanden habe, und daß daher Graf Derby nicht weniger habe thun können, als den Protest offiziell zu unterstützen. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 19. Jan. Der Finanzminister Mavrogeni hat seine Demission eingereicht, um über den Inhalt des im Prozeß Ofenheim verlesenen Schreibens von Herz, soweit dasselbe ihn betrifft, ohne Rücksicht auf seine amtliche Stellung sich äußern zu können. Der Fürst Karl hat die Demission angenommen. Zum Finanzminister ist der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Cantacuzeno und an Stelle des Letzteren Theodor Rosetti zum Arbeitsminister ernannt worden.

Danzig, 21. Januar.

* Einem Telegramm aus Warschau zufolge war der Wasserstand der Weichsel dort am 20. Jan. bei stehendem Eise 7 Fuß 1 Zoll.

Aus Plock, 20. Januar wird gemeldet: Eis auf der Weichsel heute früh 10 Uhr losgegangen, Wasserstand 5½ Fuß.

* Auf seinen bekannten Erlaß an die Standesbeamten ist dem Ober-Präsidenten v. Horn eine Antwort zugegangen, die nach dem „Bürger- und Bauernfreund" lautet:

„Sr. Excellenz dem Herrn Ober-Präsidenten v. Horn. Auf das Schreiben vom 5. Dezember c. Nr. 16192 O. P., gerichtet an die Standesbeamten der Provinz, fühle ich mich um so mehr veranlaßt, eine Antwort zu geben, als ich nicht im Stande bin, dem Vertrauen, welches Ew. Excellenz nach dem Schlußpassus des erwähnten Schreibens in die Standesbeamten setzen, auch so weit zu entsprechen, um noch für die kirchlichen Interessen ebenfalls wirken zu können. In dem Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung vom 9. März 1874 findet sich keine Stelle, welche den Standesbeamten zugleich zu irgend welcher Wirksamkeit für kirchliche Interessen verpflichtete oder ihm eine solche auch nur gestatte. Es ist aber in den allgemeinen Bestimmungen, Anmerkungen 31 und 32 zu § 7, ausdrücklich gesagt, daß die Standesbeamten nur unter dem Gesetz stehen; sie haben daher auch nicht nöthig, von irgend Jemand, er sei wer es sei, Anweisung über andere Geschäftsführung, als sie das Gesetz vorschreibt, anzunehmen. Ich kann es daher nur beklagen, wenn Ew. Excellenz durch den Ausspruch des Wunsches: „„daß jeder Standesbeamte in jedem Civilacte, welchen er vornimmt, den Betheiligten vorhalte, es sei ihre Pflicht, auch noch die Mitwirkung und den Segen der Kirche zu begehren,"" sowohl das Urtheil mancher Standesbeamten, auf welche die hohe Stellung Ew. Excellenz möglicherweise einen zu großen Einfluß ausübt, irritiren, als auch leicht zu einem Mißverständniß über das, was „Pflicht" ist, Veranlassung geben. — Ich meinerseits erkläre offen: daß ich das mir übertragene Standesamt in diesem Sinne nicht verwalten werde. Dasselbe ist mir als ein Ehrenamt im Interesse des Staates, nicht der Kirche übertragen worden. Für den ersteren bin ich bereit, mich, so weit meine Kräfte reichen, zur Disposition zu stellen; zum Agenten für die Kirche gebe ich mich aber nicht her! — Hat diese sich etwa durch ihr Verhalten die Abneigung eines Theiles der Bevölkerung zugezogen, so ist es allein ihre Sache, sich durch eine etwaige Aenderung desselben wieder den verlorenen Einfluß zurückzuerwerben. — Ich halte es aber für meine Pflicht, nicht nur Jedem, der mich amtlich darnach fragt, die Bestimmung des Gesetzes klar zu machen, sondern dies auch bei denjenigen Interessenten unaufgefordert zu thun, die offenbar mit demselben nicht genügend bekannt sind! Wozu sich diese dann entschließen, ist eine Sache, um die sich kein Standesbeamter kümmern darf. In der Hoffnung, daß Ew. Excellenz in dem Vorstehenden nur eine offene zur Erläuterung der Sachlage durchaus nothwendige Erklärung finden werden, zeichnet sich ehrfurchtsvoll Ew. Excellenz ergebenster H. Feldheim, Gutsbesitzer, Amtsvorsteher und Standesbeamter."

* Der Commandant von Danzig, Generalmajor v. Memerty, ist zum General-Lieutenant befördert worden; der Major v. Wobeser, vom Füs.-Regt. No. 33, als Bat.-Commandeur in das Inf. Regt. No. 78 versetzt; der Hauptmann und Compagnie-Chef im Füs.-Regt. No. 33, Menner, zum Major befördert.

* [Schwurgerichtsverhandlung am 20. Jan.] Der Mühlenbesitzer Bansemer in Grzybno bei Carthaus stand wegen Holzdiebstahls in Untersuchung. Er war beschuldigt, mehrere Stämme aus der K. Forst Stangenwalde gestohlen und auf seinen Hof gefahren zu haben. Es wurde bekannt, daß der Altsitzer Freda in Ramley von dem Diebstahl wisse und namentlich auf die Frage des Bansemer, wie er es machen solle, die gestohlenen Stämme zu verbergen, damit sie bei der zu erwartenden Nachsuchung auf seinem Hofe nicht gefunden würden, Freda ihm den Rath ertheilt hätte, die Stämme zu „versäufen" oder sie in den nahe gelegenen K. Wald zu schaffen und daß letzteres Bansemer demnächst mit Hilfe des Freda gethan habe. Freda wurde auf Antrag des Oberförsters Schneider über diese Umstände vor Gericht als Zeuge vernommen. Auf Befragen hat er dieselben als unwahr bezeichnet und erklärt: daß er von alle dem nichts wisse und diese Aussage beschworen. Er ist angeklagt, einen wissentlichen Meineid geschworen zu haben. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Freda zu verschiedenen Personen vor dem Termin zur Eidesleistung erklärt hat: daß er dem Bansemer den qu. Rath ertheilt und er und dessen Sohn der gestohlenen Stämme nach dem K. Walde geschafft habe. Ein anderer Beweis ist nicht erbracht; Freda hat dagegen wieder Zeugen eingebracht, welche die Glaubwürdigkeit einiger Belastungszeugen schwächten. Die meisten der Be- und Entlastungszeugen machten gerade nicht den Eindruck besonderer Classicität; man konnte sich der Ansicht nicht entwehren, daß nicht allein Gerechtigkeitsliebe, sondern wohl andere Motive gegen den Angeklagten zu Felde zogen. — Die Geschworenen sprachen das Nichtschuldig aus und der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. — Eine zweite gegen den Geschäfts-Commissionär Franz Kobiella aus Lensitz wegen wissentlichen Meineides erhobene Anklage wurde vertagt.

Königsberg, 20. Jan. Der gestrige Sturm hat hier und in der ganzen Umgegend erheblichen Schaden angerichtet. In einer großen Gefahr hat auch der Mittags von Berlin hier angekommene Courierzug geschwebt, denn in der kurzen Frist seines Haltens auf dem Bahnhofe wurde das Pappdach von dem Wasserstationsgebäude aufgehoben und mit Sparren und Verschaalung weit fort auf dasselbe, Schienengeleise geschleudert, welches der Zug eben passirt hatte und nach einigen Minuten wieder passiren mußte. Auch waren genau an derselben Stelle kurz vorher die Arbeiter der Werkstätte, welche Mittagspause gemacht hatten, vorübergegangen. Der Courierzug mußte demnach so lange auf dem Bahnhofe halten, bis die Schienengeleise wieder frei gemacht worden waren. Traurig erging es einem Zimmermann, der seine Frau, die ihm Mittagessen gebracht hatte, bis an den neuerbauten Flügel des Ostbahnhofes begleitete. Beide wurden von Ziegeln aus der obersten Etage befallen, und so beschädigt, daß man für das Leben des Mannes fürchtet. Auch an anderen Stellen sind viele Personen von herabgeschleuderten Dachpfannen mehr oder minder gefährlich beschädigt. Auf dem Hofe der alten Gasse Nr. 17 setzte sich der Sturm in das daselbst im Rohbau gefertigte Speichergebäude und warf die nach Westen freistehende massive Giebelwand des Gebäudes um. Dieselbe fiel auf das nebenanstehende hölzerne Wagenschauer und zertrümmerte dieses, sowie die darin untergebrachten Wagen und Schlitten. Schrecklicher noch hat indessen der Sturm auf der Strecke von hier bis Pillau gehaust, denn Telegraphenstangen, Signalpfähle, Zäune, Bäume sind niedergerissen und in den Dörfern die Dächer abgedeckt. Hier in den Werkstätten der Südbahn und der Ostbahn wurden eine Menge der dicken Fensterscheiben eingedrückt und auf dem Rangirbahnhofe bei Ponarth das Dach eines eben erst fertig gewordenen Locomotivschuppens abgehoben und zerbrochen. (K. H. Z.)

Pillau, 19. Jan. Gestern am Ordensfeste wurde das Jubiläum des 150jährigen Bestehens der Stadt Pillau gefeiert. Um 10 Uhr Vormittags war öffentliche Stadtverordneten-Versammlung, zu welcher der Commandant, Oberst Cramer, fast sämmtliche Offiziere, sowie eine große Anzahl Bürger erschienen waren. Nachdem Stadtverordnetenvorsteher Krahmer jun. auf die Feier des Tages aufmerksam gemacht, ergriff Bürgermeister Giebler das Wort und entrollte in einer fast 1½stündigen Rede ein Bild der Vergangenheit, der Entstehung des Orts und seiner Erhebung zur Stadt und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die ganze Versammlung einstimmte. Es wurden 60 städtische Arme gespeist, von denen jeder ½ Pfund Schweinebraten, Kartoffeln, 1 Liter Bier und für 10 Reichspfennige Weißbrod erhielt. Auf dem Marktplatze spielte ein Musikcorps. Demnächst versammelten sich die Bürger, Offiziere und Beamten der Stadt im Deutschen Hause zu einem Dejeuner und wurde unter den Klängen der vollen Orchestermusik manches Glas auf die Hoffnung einer guten Zukunft geleert. Abends fand eine allgemeine Illumination und Zapfenstreich und ein von der Schützengilde veranstalteter Schützen-Königsball statt.

Gumbinnen, 20. Jan. Von Seiten der Einwohnerschaft des Kreises Lyck ist eine Petition an den Oberpräsidenten in Königsberg gerichtet, in welcher derselbe ersucht wird, behufs Absperrung des Kreises gegen die Rinderpest ein Militär-Commando zu gewähren. — Der hiesige Ober-Regierungsrath Braun hat sich gestern in Begleitung des Regierungs-Medizinalraths und des Departements-Thierarztes in den Kreis Lyck begeben. Für letzteren sowie für die Kreise Oletzko, Lötzen und Johannisburg sind bereits die erforderlichen Maßregeln von der Regierung verfügt. Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat den Departements-Thierarzt Pauli aus Berlin mit Instructionen nach dem Kreise Lyck abgesandt.

-k- Mohrungen, 20. Jan. Zum Vertreter des Fiskus in den Amtsausschüssen derjenigen Amtsbezirke, zu denen domänenfiskalische Besitzungen gehören, mit Ausnahme des oberländischen Canals, für welchen der Baurath Steenke in Zölp als solcher fungirt, ist der Lokal-Domänenverwalter, Domänenrath Bohlmann hieselbst von der K. Regierung ernannt worden.

Bromberg, 21. Jan. Wegen verweigerter Zeugenaussage in Sachen des geheimen päpstlichen Delegaten wurde der Decan Kuczynski in Nakel verhaftet und im Kreisgerichts-Gefängnisse zu Lobsens untergebracht.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 21. Jan. Die spanischen Kriegsschiffe vor Zarauz beginnen morgen die Beschießung dieses Ortes.

Die „Agence Havas" meldet: 48 carlistische Offiziere erklärten sich in Bayonne für Alfons.

Madrid, 20. Jan. Die Carlisten heben in den Nordprovinzen bereits die siebzehnjährigen Knaben aus.

Die spanischen Finanz-Commissionen in London und Paris sollen reorganisirt werden.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 21. Januar.

Weizen loco Consumgeschäft, pr. Tonne von 2000 ℔.

fein glasig u. weiß	134-139℔.	204 222 Rℳ Br.	165-188 Rℳ bez.
hochbunt . . .	132 135℔.	201 210 Rℳ Br.	
hellbunt . . .	130-133℔.	195 204 Rℳ Br.	
bunt	126-131℔.	185 195 Rℳ Br.	
roth	132 137℔.	174 183 Rℳ Br.	
ordinär	126-134℔.	156 180 Rℳ Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 186 Rℳ

Auf Lieferung 126℔ bunt pr. April-Mai 188 Rℳ Br. u. Gd., pr. Mai-Juni 191 Rℳ Br., pr. Juni-Juli 192 Rℳ Br., 191 Rℳ G.

Roggen loco unverändert, pr. Tonne von 2000 ℔ 126℔. 156 Rℳ

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 150 Rℳ

Auf Lieferung pr. April-Mai, Mai-Juni 148 Rℳ G.

Gerste loco pr. Tonne von 2000 ℔. große 112℔. 169½ Rℳ

Hafer loco pr. Tonne von 2000 ℔. 174 Rℳ bez.

Spiritus pr. 10,000 % Liter loco 53,75 Rℳ

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage 20,44 gem. Amsterdam, 8 Tage 174,10 Gd., do. 2 Mon. 173,10 Gd. 3½ % Preuß. Staatsschuldscheine 90,65 Gd. 3½ % Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 85,85 Gd., 4 % do. do. 95,15 Gd., 4½ % do. do. 101,75 Br. 5 % Danziger Versicherungs-Gesellschaft „Gedania" 90,00 Br. 5 % Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 % Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 % Marienburger Ziegelei- und Thonwaaren-Fabrik 95,00 Br.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 21 Januar 1875.

Getreide-Börse. Wetter: veränderlich. Wind: W.

Weizen loco blieb am heutigen Markte fast ausschließlich auf mäßige Consumtionsfrage beschränkt, die Zufuhr war sehr klein und nur 50 Tonnen sind zu gestrigen Preisen gekauft. Bezahlt ist für blauspitzig 124/5℔ 165 Rℳ, bunt besetzt 131℔. 174 Rℳ, bunt 128℔. 180 Rℳ, hellbunt 128/9℔. 183 Rℳ. 131℔. 185 Rℳ, hochbunt und glasig 130 1℔. 188 Rℳ pr. Tonne. Termine nicht gehandelt, April-Mai 188 Rℳ Br. und Gd., Mai-Juni 191 Rℳ Br., Juni-Juli 192 Rℳ Br., 191 Rℳ Gd. Regulirungspreis 184 Rℳ.

Roggen loco unverändert, für 126℔ 156 Rℳ pr. To bezahlt. Termine ohne Angebot. April-Mai und Mai-Juni 148 Rℳ Gd. Regulirungspreis 150 Rℳ — Gerste loco große 112℔. 169¼ Rℳ pr. Tonne bezahlt. — Hafer loco 174 Rℳ pr. Tonne. — Spiritus loco zu 53,75 Rℳ verkauft, 54 Rℳ Br.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. Januar.

		Crs.v.20			Crs.v.20.
Weizen gelber			Pr. 4½ consl.	105,60	105,70
			Pr. Staatsschldsch.	91	91
Januar	—	—	Wstp. 3½% Pfdb.	86,50	86,90
April-Mai	184,50	185	do. 4% do.	95,70	95,50
Rogg.			do. 4½% do.	101,60	101,50
Januar	154	154	Danz. Bankverein	67	68
April-Mai	148	148,50	Lombardenser.-Cp.	229	232
Mai-Juni	146	146	Franzosen . .	524	536,50
Petroleum			Rumänier . .	32,50	33,60
Januar			Neue franz. 5% R.	—	101
pr. 200 ℔.	24	24	Oester. Creditanst.	407,50	413
Rüböl April-M.	55,40	55,60	Türken (5%)	40,90	41,90
Spiritus			Oest. Silberrente	68,70	69
Januar	54,90	55	Russ. Banknoten	283,70	283,50
April-Mai	57	56,90	Oester. Banknoten	182,90	182,90
Ung. Schatz-A. II.	90,80	90,50	Wechselcrs. Lond.	20,30	—

Ital. Rente 67.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 21. Jan. Wind: SW.

Das in der Rhede gelegene (nach Pillau bestimmte) englische Dampfschiff hat dieselbe verlassen.

Nichts in Sicht.

Thorn, 20. Jan. — Wasserstand: 3 Fuß 5 Zoll. Wind: W. — Wetter: bewölkt.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stunde	Barometer-Stand in Par.-Linien.	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
21	8	329,64	+ 4,4	SW., flau, Regen.
	12	329,85	+ 5,4	W., frisch, bezogen.

Meine Verlobung mit Fräulein **Helene Hoyer**, Tochter des Rittergutsbesitzers und Landschafts-Deputirten Herrn **F. Hoyer** auf **Klungwitz**, beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Tuchel, den 16. Januar 1875.

9142) **Otto Martens.**

Als Verlobte empfehlen sich
Rosa Weickardt,
Theodor Wergin.
Swinemünde den 17. Januar 1875.

Nach Gottes unerforschlichem Rathe entschlief sanft nach kurzem Leiden gestern Abend 7 Uhr unsere innig geliebte Tochter **Bertha**. Dieses zeigen wir statt besonderer Meldung allen Freunden und Bekannten tief betrübt an.

Danzig, den 21. Januar 1875.

Leopold Bendrat nebst Frau,
9170) Sohn u. Schwiegertochter.

Den gestern Abend 5¼ Uhr erfolgten Tod meines lieben Mannes zeige allen theilnehmenden Freunden und Bekannten tief betrübt an.

Danzig, den 21. Januar 1875.

Juliane Rauchfuß.

Heute Morgen 9 Uhr starb am Gehirnschlage unser lieber kleiner **Erich** im Alter von vierzehn Tagen.

Tiegenhof, den 20. Januar 1875.

Hermann Claassen
9149) und Frau.

Heute 11½ Uhr Mittags starb nach achttägigem schweren Leiden an der Diphtheritis mein liebes Töchterchen **Anna** im Alter von 3 Jahren und 10 Monaten.

Dieses zeigt tief betrübt an

Marienburg, den 20 Jan. 1875.

9151) **Dr. Kunze.**

Bauholz-Verkauf.

Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. Februar cr., werden von 10 Uhr Vormittags ab im **Hotel du Nord zu Osterode i. Pr.** pp. 2500 Stück Handelshölzer in starken und extra starken Kiefern von vorzüglicher Qualität, darunter eine größere Anzahl von 20 bis 23 Meter Länge und 46 bis 65 Centimeter mittleren Durchmesser, in öffentlicher Licitation verkauft werden und zwar: am Donnerstage pp. 1100 Stück aus dem Königlichen Forstrevier **Taberbrück** und dem zur Oberförsterei **Kudippen** gehörigen Reviertheil **Stenkienen**; am Freitage pp. 1400 Stück aus den Königl. Forstrevieren **Jablonken** und **Liebemühl**. Die Aufmaßregister können in den betreffenden Oberförstereien 14 Tage vor den Terminen eingesehen werden, auch sind die Förster angewiesen, die Hölzer auf Verlangen vorzuzeigen. (9154

Taberbrück p. Locken, den 18. Jan. 1875.

Die Königlichen Oberförster.

Auction zu Schönwarling.

Montag, den 25. Januar cr., Vormittags 10 Uhr,
werde ich zu Schönwarling, im Hofbesitzer Elstorp'schen Grundstücke an den Meistbietenden verkaufen:

7 Arbeitspferde, 9 Kühe (theils frischmilchend, theils hochtragend), 1 ostfr. Vollblut-Bullen (1¼ Jahr alt), 3 Stück Jungvieh 7 Schweine, 2 Schafe, 1 Verdeck-, 3 Arbeitswagen, 1 Arbeits-Schlitten, Pflüge, Eggen, einige 100 Ctr. gut gewonnenes Kuh- und Pferdeheu, 1 Quantum Getreide im Stroh, Hafer-Vorklopfen, Stroh, einige hundert Scheffel gute Eßkartoffeln, Geschirre, Zäume, Leinen, Stall- und Wirthschafts-Utensilien.

Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Janzen,
Auctionator, Breitgasse No. 4,
9134) vormals **Joh. Jac. Wagner.**

Ich bin von meiner Reise zurückgekehrt.
Dr. Althaus,
9132) **pract. Arzt, Tobiasg. 27.**

Geräucherte Maränen,

heute Abend frisch aus dem Rauch.
Fetten Räucherlachs in bester Qualität, **delicate Spickgänse u. Keulen,** sowie vorzüglich gute **Neunaugen** in 1/1-, 1/2-Schockfäßchen verpackt auch stückw. zu haben.

Frische Silberlachse

empf. und versendet bei bill. Preisnotirung
Alexander Heilmann, Scheibenritterg 9.

Echten Limburger Käse,

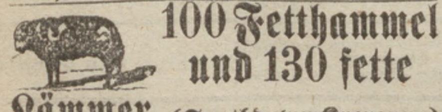
vorzüglich schön, empfiehlt
Carl Schnarcke.

Serbische und Bosnische Pflaumen

offerirt
Carl Treitschke,
9158) Comtoir: Milchkannengasse 16.

Probsteier Saathafer und Saatgerste

schöne Qualität laut Proben offerirt
F. E. Grohte,
9164) Jopengasse 3.



100 Fetthammel und 130 fette Lämmer (Southdown-Kreuzung)

stehen in Vorwerk Mühlbanz per Bahnhof Hohenstein zum Verkauf. (9047



Selonke's Theater,

Langgarten.
Sonnabend, den 23. Januar:

Großer Maskenball

mit neuen Aufführungen, Tänzen und Maskenscherzen.

U. A.: **Großer Guirlandentanz,** ausgeführt von Kindern.
Große Maskenquadrille, ausgeführt von: „wer da will."

Die Einführung und Leitung der Tänze und Aufführungen hat ein Comité übernommen.

Vor der Demaskirung haben in den Maskenräumen nur vollständig maskirte Personen Zutritt; nach der Demaskirung dürfen auch Zuschauer an den Tänzen Theil nehmen, jedoch nur im Ball-Costüm.

Anfang der Unterhaltungs-Musik 7½ Uhr, des Balles 8½ Uhr.

Preise der Plätze. Für Zuschauer: Königsloge und Estrade 1 Rℓ., Amphitheater und Galerie 10 Sgr. Billets für Masken à 20 Sgr., 3 Stück 1 Rℓ. 15 Sgr. sind zu haben in den Weinhandlungen der Herren **Denzer** und **Lentholz**, in der Conditorei des Hrn. **Grentzenberg**, Langenmarkt, bei den Kaufleuten Herren **Oskar Schulz**, Heiligegeistgasse 72, **Retzlaff**, Fischmarkt, und den Herren Friseurs **Volkmann**, Matzkauschegasse, **Willdorff**, Ziegengasse.

Vorräthig in **Danzig** in der
L. Saunier'schen Buch- u. Kunsthandlung
A. Scheinert.

So eben erschien bei DUNCKER & HUMBLOT in Leipzig:

Allgemeine Deutsche BIOGRAPHIE.

Herausgegeben von
Freiherrn von **Liliencron** und Professor **Wegele.**

Erste Lieferung.
Erster und zweiter Druck. Preis: 2 Mark 40 Pfennig.

Die **Allgemeine Deutsche Biographie** gewährt ausführliche und zuverlässige Kunde über alle verstorbenen Deutschen, sofern sie in Staat und Kirche, in Wissenschaft und Kunst, in Handel und Gewerbe — kurz auf irgend einem Zweige öffentlichen Lebens Hervorragendes geleistet haben.

Sie wird circa 30,000 Artikel enthalten, bearbeitet von nahe an 400 Männern, deren Namen auf dem Umschlag der ersten Lieferung abgedruckt sind.

Diese **Lebensgeschichte der Nation in ihren grössten Söhnen** wurde auf Anregung **Leopold von Ranke's** und **Ignatz von Döllinger's** von der Historischen Commission in München in's Leben gerufen.

Die erste Lieferung sowie ausführliche Prospecte sind in allen Buchhandlungen zu erhalten. (9179

Vorräthig bei **Th. Bertling,** Gerbergasse 2: Meyer's Conversations-Lexikon 2. Aufl. 17 Bde. M. Kpfrn. u. Karten. Hlbfrzbd. (40 Rℓ.) 25 Rℓ.; Koch's musikal. Lexikon, herausgegeben von A. v. Dommer. (5⅓ Rℓ.) 2 Rℓ. 15 Sgr.; Conversations-Lexikon des Witzes, Humors u. d. Satire. 6 Bde. eleg. geb. (8 Rℓ.) 4½ Rℓ.; Bromme, Atlas zu Humboldt's Kosmos (7 Rℓ.) 3½ Rℓ.; Held u. Corvin, Illustrirte Weltgeschichte. 6 Bde. Lex.-8. Hlbfrzbd. (23⅓ Rℓ.) 9 Rℓ.; Fr. Förster, Friedrich d. Gr. Mit Abbild. eleg. geb. (2⅚ Rℓ.) 1 Rℓ. 15 Sgr.; Wieland's poetische Werke in 1 Bde. 1 Rℓ. 10 Sgr.; Jean Paul's ausgew. Werke. 16 Bde. Hlbfrzbd. (8 Rℓ.) 4⅓ Rℓ.; Retcliffe, Sebastopol. 4 Bde. (8 Rℓ.) 2 Rℓ.; Mozart's Briefe, herausgeg. v. L. Nohl. (1¾ Rℓ.) 20 Sgr. (9148

Oelgemälde-Imitationen.

Um irrigen Meinungen zu begegnen, mache die ergebene Anzeige, dass ich von meinem anerkannt grossen Lager der besten Reproductionen von Oelgemälden mindestens eben so billig abgebe, als selbe durch qu. Ausverkäufe dem verehrten Publikum stets ausgeboten werden.

Carl Müller,
8901) **Vergolderei, Spiegel- u. Kunsthandlung, Jopengasse 25.**

Piasava-Besen

empfehle zum Gebrauch für Hof, Stall, Brenn- und Brauereien als billigstes Fegemittel. Schwedische Wurzelfaser- und Cocosmatten empfiehlt ihrer Haltbarkeit wegen

W. Unger, Bürsten- u. Pinsel-Fabrikant,
Langebrücke, zwischen dem Frauen- und Heiligengeistthore und Ankerschmiedegasse 21. (9127

Acht Norwegischer Gummithran.

Gummithran ist das vom Publikum bereits anerkannte zuverlässigste Mittel um Gegenstände aus Leder, als: **Stiefel, Schuhe** u. s. w. nicht nur weich, geschmeidig und zähe, sondern auch vollkommen **wasserdicht** zu machen und das Leder in jeder Art und Weise zu conserviren. Preis pro Flasche 5 und 10 Sgr. Alleiniges Depot bei

Richard Lenz,
Brodbänkengasse No. 48, vis-a-vis der Gr. Krämergasse.



Zum Selonke-schen Masken-Ball gebe ich **Billet, Kutte und Larve** für 1 Thlr.
Max Cohn
9126) 1. Damm 10.

Elegante
Masken-Anzüge

empfiehlt
J. Voss, Schäferei 16.

Am 23. dss. Abends werde ich in der Herren-Garderobe des Selonke'schen Etablissements eine reiche Auswahl von Masken-Anzügen, Dominos, Capotten sowie Gesichts-Larven aller Gattungen ausgestellt haben.

Paraffin- u. Stearinlichte

in allen Packungen empfiehlt
Carl Schnarcke.

Decimal-Brückenwaagen

mit Unterzug bester Qualität, unter Garantie empfiehlt zu billigen Fabrikpreisen
J. A. Soth, Breitgasse 131.

Eiserne Bettgestelle

von 3 bis 5 Rℓ. pro Stück empfiehlt
9185) **J. A. Soth,** Breitgasse 131.

Masken-Costüme

Langgasse 35. — **Langgasse 35.**

in größter Auswahl für Damen und Herren zu den billigsten Preisen. Ganz neu: altdeutsche Ritterdamen, Gärtnerin, Rose.

Bestellungen nach außerhalb werden prompt ausgeführt. (9095

Zu Maskenbällen, Polterabenden

empfiehlt ihre reichhaltige **Maskengarderobe** für Herren und Damen. Bestellungen nach auswärts unter billigster Preisnotirung,

B. Schultze,
Heiligegeistgasse No. 69, am Thor.



Masken-Costüme.

1 Domino oder Mönchskutte, Gesichtsmaske nebst Billet von 1 Thlr. an.
H. Volkmann, Matzkauscheg. 8.

Gute Eisenbahnschienen,

zu Bauzwecken offerirt billigst in beliebigen Längen franco Baustelle

S. A. Hoch,
8652) Johannisgasse 29.

Strohhüte

zum Waschen und Modernisiren
befördert
Maria Wetzel.
Neue Façons liegen zur Ansicht.

Geldschränke

billigst bei
Alb. Pfennigwerth,
Comtoir: Langgasse 55. (8900

Ein bedeutendes Grundstück in Konitz,

im belebtesten Theile der Stadt, auf welchem seit länger als 50 Jahren ein früher bestrenommirtes kaufmännisches Geschäft betrieben wird, nebst gegenüberliegendem fast 2 Morgen großen Garten, welcher eine ganze Reihe großer Baustellen darbietet, ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Ztg. (9079

Eine Gutspachtung,

welche sich zum Meiereibetriebe eignet, sucht im Auftrage **Theodor Tesmer,** Langgasse No. 66. (9163

Meine **Besitzung, Damerau-Höhe 5 bei Elbing,** mit 210 pr. Morg. Acker abdrainirt in guter Kultur, bin ich Willens krankheitshalber zu verkaufen.

9156) **Otto Freymuth.**

Ein Geschäftshaus

in der Nähe der Langgasse, mit 4 bis 6 Mille Anzahlung, ist wegen Domicil-Veränderung zu verkaufen. Näheres im Comtoir Poggenpfuhl 78. (9160

Ein fast neuer polysander **Flügel** (Blüthner, Leipzig) ist zu verkaufen **Heiligegeistg. 100, 1. E.** Ansicht v 11 bis 3 Uhr.

Ein Schimmel

(Wallach) 7 Jahr alt, 3" groß, ruhiges Wagenpferd, ohne Fehler, steht zum Verkauf und wird Herr **Regier,** Marienburg. Näheres mittheilen.

9152) **Epp,** Kaminken.

Zwei große fette Schweine

sind zu verkaufen in Lichtfelde bei Posilge.

9086) **Mader.**

Gut bestandene Forsten

werden zu kaufen gesucht und Adressen in der Expedition dieser Zeitung unter No. 9162 erbeten.

Kauf-Gesuch.

Ein ländliches Grundstück von 3—4 Hufen wird zu kaufen gesucht. Adr. mit Preisangabe u. 9161 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

---

1 bis 2 junge Kaufleute find. in anst. Fam. z. 1. Febr. g. u. bill. Pension mit eig. Zim. **Schmiedegasse 15, 2 Tr.** (9182

Für ein Mädchen von 7 Jahren wird auf einem Gute in der Nähe von Neustadt Westpr. eine Gouvernante gesucht. Gefällige Adressen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind i. d. Exp. d. Ztg. sub 9146 einzur.

Ein erfahrener **Hofmeister** (Stellmacher) mit guten Zeugnissen, sucht zum 25. März cr. eine Stelle. Gefällige Offerten nimmt Herr **L. Schröder,** Kath.-Kirchenst. 15, entgegen. (9168

Ich suche für mein Waaren-Agentur-Geschäft einen Lehrling mit guter Schulbildung zum sofortigen Antritt.

9159) **Carl Treitschke.**

Haus- und Institutslehrer, Gouvernanten, eine Kindergärtnerin reifen Alters sucht Frau Hauptmann **Marty,** Löbenicht, Langgasse 47. Königsberg i. Pr.

Eine Schweizerin für jüngere Kinder, sowie **Engländerinnen** mit vorzüglichen französischen Sprachkenntnissen und gut musikalisch, werden daselbst empfohlen.

Eine tüchtige **Landwirthin,** die auch Kenntnisse von der Meierei und gute Zeugnisse hat, noch in Stellung ist, wünscht vom 1. Februar, April oder Mai eine möglichst selbstständige Stelle. Gef. Off. werden u. **M. H. Seegertswalde** (per **Maldeuten** gütigst erbeten.

9150) **Hugo Lembke.**

Ein junger Mann, **Techniker,** wünscht in einem **Bau-Bureau** beschäftigt zu werden. Gefällige Adr. u. 9177 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Junge Mädchen, die hiesige Schulen besuchen sollen, finden in anständigen Familie zum 1. April freundliche Aufnahme und gewissenhafte Beaufsichtigung resp. Musik- und Handarbeit-Unterricht. Nähere Auskunft wird ertheilt **Hundegasse 57, 2 Treppen.** (91 8

Ein junger Mann mit den erforderl. Schulkenntnissen f. z. April cr. e. Stelle a. e. Rittergut bei Danzig a. Eleve z. Erlern. d. Landwirthschaft. **Inspectoren, Rechnungsführer** rc. mit guten Zeugn. w. z. sofort. Antritt einer Stelle nachgew. durch den Königl. Kreissecret. a. D.

Manke, Goldschmiedeg. 13.

---

2 Söhne anständ. Eltern werden für ein hiesiges Colonial- u. Delicateßgeschäft als Lehrlinge zu engagiren gesucht.

Adr. unter 9140 in der Expedition d. Ztg. erbeten.

Hypothekencapital,

mit und ohne Amortisation, in jeder Höhe zu begeben durch **E. L. Ittrich,** Comtoir **Poggenpfuhl 78.** (8880

Auf ein Grundstück von 4 Hufen im Werder gelegen werden 10,000 Thlr. zur ersten Stelle gesucht. Adr. u. 9187 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Das Ladenlokal Hundeg. 77 mit Wohnung ist billig zu vermiethen und im Februar oder später zu bez. Näh. das., 1 Tr. h.

Langfuhr 2, unweit der Allee, ist eine **herrschaftl. Parterre-Wohnung** bestehend aus 5 groß und eleganten Zimmern rc. nebst Garten-Eintritt z. April cr. z. verm.

Das Ladenlocal Langenmarkt No. 21 ist zum 1. April cr. zu vermiethen.

Eine Comtoirstube ist Hundegasse 34 zu vermiethen. (9169

Café Royal

Breitgasse am Krahnthor.




Bock-Bier von vorzüglicher Qualität wird empfohlen, sowie der feine Salon für kleinere Festlichkeiten, feine Weine bei soliden Preisen. Damenbedienung (Rheinländerin u. Berlinerin.)

Deutsche Reichskneipe.

Heute Abend
Königsberger Rinderfleck.

Deutsche Reichskneipe.

Bockbier vom Faß. (9167

Müller's Restaurant,

Breitgasse No. 39
(früher Hallmann).

Sonnabend, den 23. d. M., und folgende Tage **großes Vocal- u. Instrumental-Concert** der berühmten Norddeutschen Singspiel-Gesellschaft aus Hamburg, bestehend aus 5 Damen und 2 Herren unter Direction des Gesangskomikers und Naturflötisten S. Cohn. Anfang 7 Uhr. Ende 12 Uhr Abends. Entree 3 Sgr. (9116

Casino zu Danzig.

Sonnabend, den 23. Januar:
Herrenabend und Concert.

8226) **Der Vorstand.**

Nautischer Verein.

Freitag, den 22. Januar 1875
Abends 7 Uhr:

General-Versammlung

im Saale des Gesellschaftshauses, Brodbänkengasse No. 10.

Tagesordnung.
1. Bericht des Vorstandes.
2. Rechnungslegung.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Wahl eines Deputirten.

Der Vorstand.
(9091

Vorlesung.

Fritz Reuter.
Der 1. April, oder: Onkel Jakob u. Onkel Jochen.

Lustspiel in 3 Acten, in vertheilten Rollen gelesen im Gewerbehause am 23. Januar c., Abends 7 Uhr. Billete à 10 Sgr. zu haben bei den Herren **a Porta u. Scheinert** und an der Kasse.

Das Verwaltungs-Comité der Martha-Herberge.
H. Czwalina. A. v. Diest. E. Goldschmidt. C. Hasse. M. Lickfett. (8990

Theater-Anzeige.

Freitag, 22. Januar. (5. Abonnem. No. 17.) **Martha.** Große Oper in 4 Acten von Flotow.

Sonnabend, 23. Januar. (5. Ab. No. 18.) Zum letzten Male in dieser Saison: **Die relegirten Studenten.** Lustspiel in 4 Acten von Benedix.

Selonke's Theater.

Freitag, den 22. Januar. **Gastspiel der Chansonnettesängerin Frl. Cora Wolff** genannt **La rose du nord. Gastspiel der französischen Chansonnettesängerin Mlle. Peretti de la Croix.** U. A.: **Die Ordre ist Schnarchen.** Schwank. **Zwei Tage verheirathet.** Burleske mit Gesang.

Ein kleines Pöstchen feinstes frisches Schweineschmalz gebe bei Fässern zu Stettiner Engros-Preisen. (9020

F. E. Gossing, Jopen- u. Portechaiseng.-Ecke 14.

Verantwortlicher Redakteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 8932 der Danziger Zeitung.

Danzig, 21. Januar 1875.

Danzig, 21. Januar.

** **Fritz Reuter** ist in öffentlichen Vorlesungen ein oft gern gehörter, aber in letzter Zeit nicht dagewesener Gast. Jetzt soll er **Sonnabend** einem wohlthätigen Zwecke dienen, und er thut es gewiß mit Freuden, sowie wir ihn kennen. Eines seiner am wenigsten bekannten Werke, und sein einziges dramatisches „Onkel Jakob und Onkel Jochen", ist dazu ausersehen worden. Es soll von geübten Dilettanten mit vertheilten Rollen gelesen werden, und der sprudelnde Humor, die drastische Lebendigkeit, die gemüthliche Wärme, welche sich auch in dieser Reuter'schen Dichtung kundgeben, verspricht den Hörern einen in mehrfacher Beziehung seltenen Genuß.

* Der „Reichsanzeiger" publicirt heute das Gesetz, betr. die **deutsche Seewarte**, vom 9. Jan. c.

† **Marienburg**, 21. Jan. Morgen versammeln sich unsere Stadtverordneten behufs Constituirung des Büreau's der Versammlung. Zur Zeit führt Justizrath Hartwich den Vorsitz, jedenfalls wird man auf ihn auch für den nächsten Zeitabschnitt wieder zurückkommen. In weiterem Verlauf der Sitzung wird die Frage über Gewährung der für Vertretung des Lehrers G. entstandenen Kosten erörtert werden. Letzterer war im Disciplinarwege zur Disposition gestellt und ist erst vor Kurzem wieder auf Verfügung des Cultusministers in sein Amt eingesetzt worden. — Das triste Wetter der letzten Tage hat wieder, namentlich unter den kleineren Kindern, Krankheiten in Menge hervorgerufen; der böse **Scharlach** grassirt leider noch immer.

⁂ **Marienwerder**, 19. Jan. Gestern hat sich hier ein **Bildungs-Verein** constituirt. Der kleine Saal des Neuen Schützenhauses war von den auf öffentliche Einladung Erschienenen nahe angefüllt; nur mußte man leider die Bemerkung machen, daß die Zahl derer, die dem Verein Etwas zu bieten haben, verschwindend klein war gegen die Zahl der nach Bildung Strebenden, und auch unter diesen war fast ausschließlich der Handwerkerstand vertreten. Der Vorsitzende des bisherigen Handwerkervereins, Hr. Goldarbeiter **Weilandt**, eröffnete die Verhandlung mit einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des Vereins, an dessen Spitze er in den letzten Jahren gestanden habe und der nun in dem neuen Verein eine verjüngte Gestalt gewinnen, demselben zur Grundlage dienen wolle; er schilderte die Stiftung des Handwerker-Vereins durch den unvergeßlichen Sanitätsrath Dr. **Heidenheim**, die Zeit seiner Blüthe unter Leitung des Stifters und später des Hrn. Oberlehrer Groß und führte endlich die Ursache seines Verfalls auf die Lauheit der Mitglieder, den Mangel an lebenden und fördernden Kräften und wie es scheine, auch auf den die Mitglieder wörtlich nur auf einen einzelnen Stand beschränkenden Namen zurück, indem er von dem zeitgemäßen, an eine über den ganzen Staat sich erstreckende Organisation sich anschließenden Bildungsverein Größeres und Besseres erwartete. Daran knüpfte sich ein Vortrag des Herrn Realschullehrers Dr. **Pfeil**, in welchem er den Zweck der Bildungsvereine und die Bedeutung, die sie in neuerer Zeit erlangt, beleuchtete und Bezug nehmend auf den geschichtlich denkwürdigen Tag, der dem preußischen Herrscherhause einst die Königs- und vor vier Jahren die deutsche Kaiserwürde verliehen, hervorhob, daß die Bildungsvereine gerade an der Machtentwicklung des Reiches durch Stärkung der Volkskraft mitzuwirken hätten, die wesentlich auf Bildung beruhe. Der Rede folgte vielseitiger Beifall, und nun schritt man zur Verlesung der von der erwählten Commission entworfenen und durchberathenen Statuten, denen der Vorsitzende die Bemerkung hinzufügte, daß nach den Beschlüssen der Commission in Anerkennung des wichtigen Antheils, den der Handwerkerverein an der Entstehung des heute zu gründenden Vereines genommen, den Mitgliedern desselben, die sich innerhalb vier Wochen zum Beitritt melden, das Eintrittsgeld erlassen werden solle. Nach einer kurzen Debatte nahm die Mehrheit der Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Rectors v. d. **Oelsnitz** die Statuten en bloc an, und es wurden dieselben von 85 Personen unterschrieben. Mit dieser Handlung war der Verein constituirt. Die nächste war die Wahl des Vorstandes, den das Statut aus 7 Männern zusammensetzen läßt, welche mit Ausnahme des Amts des besonders zu wählenden Rendanten die Geschäfte unter sich zu vertheilen haben. Die relative Majorität der Stimmen fiel auf die Herren Goldarbeiter Weilandt, Rabbiner Dr. Jacobson, die Realschullehrer Dr. Pfeil und Wacker, Rentmeister Schumacher, Gutsbesitzer Aug. Leinweber und den Haupt-Steueramts-Assistenten Beerwald, letzteren als Rendanten, welche nach ihrer Annahme-Erklärung als Vorstand proclamirt wurden. Es wurde noch verabredet, jeden Montag eine Versammlung abzuhalten, den Vortrag in der nächsten Versammlung übernahm der Redacteur der „Ostbahn", Herr Schiller. Es fehlt dem intelligenten Marienwerder gewiß nicht an Elementen, welche einen solchen Verein zu tragen fähig und berufen sind. Hoffentlich werden dieselben, nachdem der Verein in so achtungswerther Stärke zusammengetreten, nicht länger in der Reserve beharren, welche sie sich bei seiner Constituirung auferlegt. Denn es ist nicht nur eine Sache der Humanität, es ist auch ein wesentliches Interesse der Gebildeten, die Bildung der Mitbürger zu befördern. Und wird die Sache mit Geschick angegriffen, so dürften auch der Kaufmannstand und die Subalternbeamten sich nicht länger von einem Vereine zurückhalten, der berufen ist, die gar zu sehr getrennten Glieder der Gesellschaft zu einem hohen und edlen Zwecke zu sammeln. — Die Communalsteuer ist zu 210 % der Klassen- und Einkommensteuer normirt worden.

—§ **Stuhm**, 20. Jan. Behufs Wahl zweier Repräsentanten des Großgrundbesitzes in den Kreisausschuß ist zum 23. von Seiten der Großgrundbesitzer im Müller'schen Hotel hierselbst um die zehnte Vormittagsstunde eine Vorbesprechung anberaumt worden. — Einem Tagelöhner aus dem Dorfe Baumgarten gelang es neulich, einen Menschen aus Lebensgefahr zu retten. Die K. Regierung in Danzig hat ersterem in Anerkennung seines Verdienstes jetzt eine Prämie von 10 Thlr. zukommen lassen.

* Der Stadtgerichtsrath **Calame** zu Königsberg ist zum Appellations-Gerichtsrath in Ratibor ernannt.

Stolp. Die „D. Landesztg." will wissen, daß der Minister **Delbrück** sein Landtagsmandat für Stolp-Bütow-Lauenburg niedergelegt habe.

Vermischtes.

Berlin. Die von hiesigen Studirenden zum Besten des **Reuter-Denkmals** beabsichtigte Aufführung des Shakespeare'schen „**Othello**" wird am Donnerstag, den 4. Februar im National-Theater stattfinden. Der Aufführung wird ein Prolog vorausgehen; Director Buchholz hat in Gemeinschaft mit dem K. Hofschauspieler Döring die Leitung der Regie übernommen, und die Damen-Rollen befinden sich in den Händen der K. Hofschauspielerin Frl. Clara Meyer, des Frl. Carlsen vom Wallner- und Frl. W. Hermann vom Nationaltheater.

— Einer der theuerst bezahlten Künstler in dem großartigen Ausstattungsstück „**Die Reise um die Welt in 80 Tagen**", welches das **Victoriatheater** vorbereitet, wird der lebende Elephant sein, welchen Director E. Hahn für 7500 Thlr. angekauft hat. Wenn man bedenkt, daß er außerdem freie Kost und freie Wohnung hat und dies nicht blos für sich, sondern auch für seine Bedienung, so ist das Engagement dieses Künstlers, der noch dazu nur für eine Scene gewonnen ist, so kostbar, wie nur das eines „Sternes" erster Größe sein kann.

Dresden. Vor Kurzem ist der ehemalige Advocat Heinrich **Müller** in's hiesige Bezirksgerichts-Gefängniß eingeliefert worden. Gegen denselben war vor längerer Zeit eine Untersuchung wegen Vergiftung seiner Ehefrau eingeleitet, dieselbe jedoch wieder eingestellt worden. Er wurde darauf nach Verübung bedeutender Fälschungen von hier flüchtig, wandte sich nach Amerika, wo es ihm gelang, unter dem Namen „Lange" bei der evangelischen Kirchengemeinde zu Cleveland, Staat Ohio, als Geistlicher Anstellung zu finden. Sein Aufenthalt wurde dadurch ermittelt, daß der Vorsteher jener Kirchengemeinde in Leipzig, unter Beifügung einer Photographie, Erkundigungen über den angeblichen Lange einzog. Man erkannte in der Photographie die Persönlichkeit Müller's, in Folge dessen er verhaftet und hierher ausgeliefert wurde, wo er nun seiner Bestrafung entgegen steht.

— Auf der **Moskau-Kursker-Eisenbahn** stieß in der Nähe der Station Sengiew ein von Kursk abgegangener Personenzug mit einem in der entgegengesetzten Richtung verkehrenden Lastzuge so heftig zusammen, daß beide Züge fast bis auf alle Waggons zertrümmert wurden. Die Zahl der Todten ist bisher noch nicht ermittelt. Sämmtliche Passagiere wurden jedoch theils schwer, theils leicht beschädigt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Effecten-Societät. Creditactien 206, Franzosen 268 1/4, Lombarden 115 3/8, Galizier 217, Rheinische Bahn 118 1/2, Heff. Ludwigsbahn 115 1/2, Bankactien 857, Darmst. Bank 140 1/2, Silberrente 68 11/16, Spanier 23 1/4. Schluß fest.

Hamburg, 20. Januar. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. — Roggen loco flau, auf Termine behauptet. Weizen pr. Januar 126℔. 1000 Kilo 190 Br., 188 Gd., pr. Januar-Februar 126℔. 190 Br., 188 Gd., pr. April-Mai 126℔. 189 Br., 188 Gd., pr. Mai-Juni 126℔. 189 Br., 188 Gd. — Roggen pr. Januar 1000 Kilo 158 Br., 156 Gd., pr. Januar-Februar 158 Br., 156 Gd., pr. April-Mai 150 Br., 149 Gd., pr. Mai-Juni 149 Br., 148 Gd. — Hafer flau. — Gerste flau. — Rüböl matt, loco und pr. Januar 56, pr. Mai pr. 200℔. 56. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 % pr. Januar 43 1/2, pr. Februar-März 43 3/4, pr. April-Mai 44 1/2, pr. Mai-Juni 45. — Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 11,20 Br., 11,00 Gd., pr. Januar 11,00 Gd., pr. Januar-März 10,80 Gd., pr. August-Dezbr. 11,50 Gd. — Wetter: Stürmisch.

Amsterdam, 20. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, pr. März 263, pr. Mai 266, pr. Novbr. 276. — Roggen loco unverändert, pr. März 187, pr. Mai 183 1/2. — Raps pr. Frühjahr 350, pr. Herbst 361 fl. — Rüböl loco 32 1/2, pr. Frühjahr 32 5/8, pr. Herbst 34 1/4. — Wetter: Stürmisch.

London, 20. Jan. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen und Mehl schleppend, Hafer sehr fest, Mais und Gerste weichend. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 9650, Gerste 18,950 Qrtrs. — Wetter: Stürmisch.

London, 20. Jan. [Schluß-Course.] Consols 92 7/16. 5% Italienische Rente 65 3/4. Lombarden 11 9/16. 5 % Russen de 1871 101. 5% Russen de 1872 100 1/2. Silber 57 1/2. Türkische Anleihe de 1865 41. 6 % Türken de 1869 54 1/8. 6 % Vereinigt. Staaten pr. 1882 103 3/4. 6 % Vereinigt. Staaten 5 % fundirte 103 3/8. Oesterreichische Silberrente 67 3/4. Oesterreichische Papierrente —. — 6 % ungarische Schatzbonds 90 3/4. Aus der Bank flossen heute 10,000 Pfd. Sterl. Platzdiskont 3 1/4 %. Spanier 22 3/4.

Liverpool, 20. Jan. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 18,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. — Middling Orleans 8, middling amerikanische 7 3/4, fair Dhollerah 5 3/8, middl. fair Dhollerah 4 3/4, good middl. Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah —, fair Bengal 4 1/8, fair Broach 5 1/4, new fair Domra 5 1/4, good fair Domra 5 3/4, fair Madras 5, fair Pernam 8 1/8, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 9. — Fest. Good fair Domra Februar-März-Verschiffung via Cap 5 7/8 d.

Leith, 20. Jan. Getreidemarkt. [Cochrane Paterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 2224, Gerste 422, Bohnen 59, Erbsen 275, Hafer 21 Tons. Mehl 8928 Sack. Markt sehr ruhig, fast geschäftslos. Preise nominell.

Paris, 20. Jan. (Schlußcourse.) 3% Rente 61,80. Anleihe de 1872 100,00. Italienische 5% Rente 66,10. Italienische Tabaks-Actien —. Franzosen 660,00. Lombardische Eisenbahn-Actien 288,75. Lombardische Prioritäten 244,00. Türken de 1865 41,02 1/2. Türken de 1869 280,00. Türkenloose 120,00. — Matt. Spanier extér. 22 5/8, do. intér. 18.

Paris, 20. Jan. Productenmarkt. Weizen ruhig, pr. Januar 25,25, pr. Februar und pr. März-April 25,00, pr. Mai-August 26,00. Mehl behaup-

tet, pr. Januar 53,75, pr. Februar 53,25, pr. März-April 53,50, pr. Mai-August 55,00. Rüböl ruhig, pr. Januar 75,00, pr. März-April 76,00, pr. Mai-August 77,00, pr. Septbr.-Dezbr. 78,50. Spiritus ruhig, pr. Januar 52,50, pr. Mai-August 54,25.

Antwerpen, 20. Januar. Getreidemarkt. geschäftslos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25½ bez. und Br., pr. Januar 25 bez., 25½ Br., pr. Februar und pr. März 25½ bez., 26 Br., pr. September 28½ bez., 29 Br. — Ruhig.

Newyork, 19. Jan. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4D. 87C., Goldagio 12¼, 5/20 Bonds pr. 1885 118¼, do. 5% fundirte 114¼, 5/20 Bonds pr. 1887 118½, Eriebahn 28¾, Central-Pacific 94¼, Newyork Centralbahn 101½. Höchste Notirung des Goldagios 12½, niedrigste 12¼. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 15⅜, do. in New-Orleans 14¾, Petroleum in Newyork 12⅛, do. in Philadelphia 11⅞, Mehl 4D. 90C., Rother Frühjahrsweizen 1D. 21C., Mais (old mixed) 94C., Zucker (Fair refining Muscovados) 8, Kaffee (Rio-) 18½, Schmalz (Marke Wilcox) 14⅜C., Speck (short clear) 10⅜C. Getreidefracht 10½.

Productenmärkte.

Königsberg, 20. Januar (v. Portatius & Grothe) Weizen pr. 1000 Kilo hochbunter 124℔. 176,50, 130℔. 184, 132℔ 178,75, 184, 133/4℔. 184, 134/5℔. 183, russ. 125℔. 183,50, 190,50, 126/7℔. 183,50, 127℔. 189, 128℔. 181,25, 183,50 Rthlr. bez., bunter russ. 123℔ 169, 124/5℔. 162, 125℔. 169, 126℔. 174, 126/7℔ 169,50, 127/8℔. 169,50, 128℔. 168,25, 130℔. 172 Rthlr. bez., rother 129℔. 171,75, 133/4℔. 174, russ. 121℔. 169,50, 125℔. 173, 125/6℔. 174, 126℔. 174, 177, 127℔. 174, 177, 129℔. 173 Rthlr. bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländischer: 120℔. 135, 123/4℔. 137,25, 124℔. 140, 124/5℔. 141,25, 126/7℔. 142,50 Rthlr. bez., fremder: 114℔. 130, 130,65, 116℔. 131,25, 132,50, 133, 116/7℔. 132,50, 117℔. 133, 118℔. 133,50, 119℔. 132,50, 133,75, 120/1℔. 135, 121/2℔. 135, 122℔ 136, 123℔ 136, 124/5℔ 138, 126℔., 137,50, 127℔. 140, 127/8℔. 140 Rthlr. bez. — Gerste pr. 1000 Kilo große 142,75, 50, 151, 156,50, fein 160 Rthlr. bez., kleine 151,50 Rthlr. bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 156, 164, russ. 150, 152, 154 Rthlr. bez. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 157,75, 160, 162,50, 164, 165,50, große 182,25 Rthlr. bez., grüne, große 155,50 Rthlr. bez. — Bohnen pr. 1000 Kilo 173 Rthlr. bez. — Wicken pr. 1000 Kilo 155,50, 160, 168,75, 180, 181,25 Rthlr. bez. — Buchweizen pr. 100 Kilo 139 Rthlr. bez. — Leinsaat pr. 1000 Kilo feine 205,75, 207, 214,50, 220, hochfein 257 Rthlr. bez., mittel 200 Rthlr. bez. — Rübsen geschäftslos, Heddrich 152,25 Rthlr. bez. Tymotheum pr. 100 Kilo 60 Rthlr. bez. — Spiritus pr. 10,000 Liter % ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 57 Rthlr. Br., 55¼ Rthlr. Gd., 55½ Rthlr. bez., kurze Lieferung 55½ Rthlr. bez., Januar 56 Rthlr. Br., 55½ Rthlr. Gd., Jan.-März 57½ Rthlr. Br., 56½ Rthlr. Gd., Frühjahr 59½ Rthlr. Br., 58¾ Rthlr. Gd., Mai-Juni 60½ Rthlr. Br., 59½ Rthlr. Gd., Juni 62 Rthlr. Br., 61 Rthlr. Gd., 61½ Rthlr. bez., Juli 63¼ Rthlr. Br., 62¼ Rthlr. Gd., August 64 Rthlr. Br., 63½ Rthlr. Gd., Septbr. 65 Rthlr. Br., 64 Rthlr. Gd.

Stettin, 20. Jan. Weizen pr. April-Mai 186,00 Rthlr., pr. Mai-Juni 187,50 Rthlr. — Roggen pr. Januar 155,00 Rthlr., pr. April-Mai 147,50 Rthlr., pr. Mai-Juni 144,00 Rthlr. — Rüböl 100 Kilogr. pr. Januar 52,50 Rthlr., pr. April-Mai 53,50 Rthlr. — Spiritus loco 54,00 Rthlr., pr. Januar 54,70 Rthlr., pr. April-Mai 57,40 Rthlr., pr. Juni-Juli 58,60 Rthlr. — Winterrübsen geschäftslos, pr. 2000 ℔. loco 246—255 Rthlr., pr. März-April 267 Rthlr. nom., pr. April-Mai 270 Rthlr. nom., pr. September-October 274 Rthlr. nom. — Petroleum loco 12,50 Rthlr. bez., 12,40 Rthlr. Br., alte Usance 12,75 Rthlr. bez. Regulirungspreis 12,25 Rthlr., Januar 12,25 Rthlr. Br., Januar-Febr. 11,20 Rthlr. bez., September-October 11,30 Rthlr. bez., 11,35 Rthlr. Br. — Schmalz, Wilcox loco 67 Rthlr. bez., Januar 66,25 Rthlr. bez., Januar-Februar 66 Rthlr. bez., April-Mai 63 Rthlr. bez., Popham loco 66,75 Rthlr. bez.

Berlin, 20. Jan. Weizen loco pr. 1000 Kilogr. 165—207 Rthlr. nach Qual. gefordert, pr. April-Mai 184,50—185,00 Rthlr. bez., pr. Mai-Juni 185,50—186,00 Rthlr. bez., pr. Juni-Juli 187,00—187,50 Rthlr. bez. — Roggen loco pr. 1000 Kilogr. 153—171 Rthlr. nach Qual. gefordert, pr. Jan. 154,00 Rthlr. nom., pr. Jan.-Febr. 153,00 Rthlr. nom., pr. Frühjahr 148,00—148,50 Rthlr. bez., pr. Mai-Juni 146,00 Rthlr. bez., pr. Juni-Juli 145,50 Rthlr. bez. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr. 150—192 Rthlr. nach Qual. gefordert. — Hafer loco pr. 1000 Kilogr. 160—190 Rthlr. nach Qual. gefordert. Erbsen loco pr. 1000 Kilogr. Kochwaare 195—234 Rthlr. nach Qual., Futterwaare 177—192 Rthlr. nach Qual. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 27,25—26,25 Rthlr., No. 0 u. 1 25,50—24,00 Rthlr. Roggenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 24,50—23,50 Rthlr., No. 0 u. 1 22,25—21,25 Rthlr., pr. Jan. 22,15 Rthlr. bez., pr. Jan.-Februar 22,15 Rthlr. bez., pr. Febr.-März 22 Rthlr. bez., pr. April-Mai 21,85—21,90 Rthlr. bez., pr. Mai-Juni 21,70 Rthlr. bez., pr. Juni-Juli 21,70 Rthlr. bez. — Leinöl pr. 100 Kilogr. ohne Faß 62 Rthlr. bez. — Rüböl pr. 100 Kilogr. loco ohne Faß 54 Rthlr. bez., pr. Jan. 54,5 Rthlr. bez., pr. April-Mai 55,7—55,6 Rthlr. bez., pr. Mai-Juni 56,3 Rthlr. bez., pr. Septbr.-October 59,1—59,2—59,1 Rthlr. bez. — Petroleum raff. pr. 100 Kilogr. mit Faß loco 24,2 Rthlr. bez., pr. Jan. 24 Rthlr. Br., pr. Jan.-Febr. 23 Rthlr. bez., pr. Febr.-März 23 Rthlr. Br., pr. Septbr.-Octbr. 24 Rthlr. bez. — Spiritus pr. 100 Liter à 100% = 10,000% loco ohne Faß 54,2 Rthlr. bez., mit Faß pr. Jan. 54,7—55 Rthlr. bez., pr. Jan.-Februar 54,7—55 Rthlr. bez., pr. April-Mai 56,7—56,9 Rthlr. bez., pr. Mai-Juni 57—57,2 Rthlr. bez., pr. Juni-Juli 58,1—58,3 Rthlr. bez., pr. Juli-August 59,1—59,3 Rthlr. bez., pr. August-Septbr. 59,6—7 Rthlr. bez.

Berliner Fondsbörse vom 20. Januar 1875.

Die Börse zeigte heute eine bessere Stimmung als gestern. Die internationalen Speculationswerthe erwiesen sich als recht fest, wenn auch der Umsatz gerade keine größeren Dimensionen annahm. Lombarden zeichneten sich durch große Festigkeit aus und die nicht unbedeutend erhöhte Notiz, die aus Wien gemeldet war, hatte auch hier eine dem entsprechende Erhöhung zur Folge. Für auswärtige Staatsanleihen war der Verkehr wenig günstig; die zu verzeichnenden Courseinbußen blieben zwar nur klein, doch ebensowenig wäre eine erheblichere Zunahme des Verkehrs zu verzeichnen, obschon es nicht zu verkennen ist, daß die allgemeine Betheiligung am Geschäft eine regere war. Von Oesterr. Werthen waren nur 1860er unbedingt fest und anziehend. Papierrente war eher matt, während Silberrente unbeachtet blieb. Italiener zeigten sich schwach; Türken hatten unter ihrem gestrigen Schlußcours eingesetzt, zogen im Verlauf der Börse jedoch etwas an. Amerikaner sehr still. Russische Werthe bei sehr ruhigem Geschäft im Allgemeinen fest, nur L.-Anleihen eher nachlassend. Preußische Fonds und andere deutsche Staatspapiere in schwachem Verkehr. Eisenbahn-Prioritäten fest. Auf dem Eisenbahnactien-Markte hatte eine festere Haltung Platz gegriffen. Leichte Bahnen fanden wenig Beachtung. Bankactien blieben meist außerhalb des Verkehrs. Industrie-Papiere sehr still. Bergwerkspapiere wenig fest.

†Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	105,75
Pr. Staats-Anl.	4½	—
do. do.	4	99,50
Staats-Schuldsch.	3½	91
Pr. Präm.-A. 1855	3½	132
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	86,50
do. do.	4	95,50
do. do.	4½	102
Pommer. Pfdbr.	3½	87,10
do. do.	4	94,70
do. do.	4½	102,10
Posensche neue do.	4	94,40
Westpreuß. Pfdbr.	3½	86,20
do. do.	4	95,50
do. do.	4½	101,50
do. do.	5	—
do. neue	4	94,50
do. do.	4½	101,50
Pomm. Rentenbr.	4	96,90
Posensche do.	4	96,60
Preußische do.	4	97,50
Bad. Präm.-Anl. von 1867	4	118,40
Bayer. Präm.-A.	4	120,25
Braunsch. Pr.-A.	—	74,10
Köln.-Md.-Pr.-S.	3½	104,90
Hmbg. 50rtl. Loose	3	165
Lübecker Pr.-Anl.	3½	171,75
Oldenburg. Loose	3	127,75

Hypotheken-Pfandbr.

Bod.Crd.Hyp.-Pfd.	5	102,50
Cent.Bd.-Cr.-Pfdb.	5	107,25
do. do.	4½	99,50
Kündb. do.	5	100,20
Danz. Hyp.-Pfdbr.	5	—
Meinig. Präm. Pfd.	5	100,70
Gotha. Präm.-Pfd.	5	106,75
Pomm. Hyp.-Pfdb. II. u IV. Em, rkz. 110	5	101
III. Em. rkz. 100	5	100
Stett. Nat.-Hyp.-P.	5	100,75

Ausländische Fonds.

Oesterr. Pap.-Rente	4⅕	63,90
do. Silber-Rente	4⅕	69
do. Loose 1854	4	109,25
do. Cred.-L. v. 1858	—	343
do. Loose v. 1860	5	113
do. Loose v. 1864	—	295
Ungar. Eisenb.-An	5	75,40
Ungarische Loose	—	175,50
do. Schatzanw. II.	6	90,50
Russ.-Engl. Anl. 1822	5	102
do. do. Anl. 1859	3	72,50
do. do. Anl. 1862	5	101,60
do. do. von 1870	5	104
do. do. von 1871	5	100,60
do. do. von 1872	5	100,70
do. Stiegl. 5. Anl	5	86,20
Russ. Stiegl. 6. Anl	5	96,30
do. Präm.-A. 1864	5	172,25
do. do. von 1866	5	172,50
Russ. Bod. Crd. Pfd.	5	91,10
Russ. Central. do.	5	84,20
Russ. Pol. Schatzobl.	4	87,30
Pol. Certifie. Lit. A.	5	—
do. Part.-Oblig.	4	—
do. Pfd. 3. Em. S-R	4	—
do. do. do. do.	5	80,90
do. Liquidat.-Pr.	4	69,40
Amerik. Anl. p. 1882	6	—
do. 4. Serie	6	98,60
do. Anl. g. 1885	6	102,40
do. 5% Anl.	5	98,60
do. do. p. 1881	6	103,60
Newyork. Stadt-A.	7	101,10
do. Gold-A.	6	99,10
Italienische Rente	5	—
do. Tabaks-Act.	6	480
do. Tabaks-Obl.	6	99,70
Französische Rente	5	101
Raab-Graz.-Pr.-A.	4	83,50
Rumänische Anleihe	8	105,90
Türk. Anl. v. 1865	5	41,90
Türk. 6% Anleihe	6	54,60
Türk. Eisenb.-Loose	3	98,75

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Divid. 1873.
Aachen-Mastricht	32	—
Bergisch-Märk.	84,25	—
Berlin-Anhalt	117,75	16
Berlin-Dresden	54	5
Berlin-Görlitz	68,20	3
do. St.-Pr.	—	5
Berlin-Hamburg	178	10
Berlin. Nordbahn	14	5
Berl.-Ptsd.-Magd.	86	4
Berlin-Stettin	132,75	10¾
Bresl.-Schw.-Fbg.	93,60	8
Köln-Minden	117,50	—
do. Lit. B.	106	5
Crf.-Kr.-Kempen	1,75	0
do. St.-Pr.	—	0
Halle-Soran-Gub.	30	0
do. St.-Pr.	46	0
Hannover-Altenbek	25,50	0
do. St.-Pr.	43,75	5
Märkisch-Posen	29,20	0
do. St.-Pr.	62	0
Magdeb.-Halberst.	91,30	—
do. St.-Pr.	71	3½
do. C.	100,25	—
Magdeb.-Leipzig	229	14
† do. Lit. B.	93,25	4
Münst. Ensch. St. P	31,50	5
Nordhausen-Erfurt	46,25	4
do. St.-Pr.	44,10	0
Oberschl. A. u. C.	141,70	13⅔
do. Lit. B.	132	13⅔
Ostpreuß. Südbahn	42,25	0
do. St.-Pr.	78,90	0
Pomm. Centralbhn.	2,50	0
Rechte Oderuferb.	111,80	6⅙
do. St.-Pr.	113	6⅙
Rheinische	118,10	9
Rhein-Nahe	20,10	0
† Stargard-Posen	100,75	4½
Thüringer	108	7¼
Tilsit-Insterburg	33,25	—
Weimar-Gera gar	67	4½
do. St.-Pr.	52	5
Brest-Grajewo	45,75	—
Brest-Kiew	64,10	5
† Galiz. Carl-L.B	109	9
Gotthardbahn	94,10	6
† Kronpr. Rud.-B.	66,10	5
Lüttich-Limburg	14	0
Oester.-Franz. St.	537,50	10
† do. Nordwestb.	267	5
do. B. junge	124	5
† Reichenb. Pardb.	67	4½
Rumänische Bahn	33,60	—
do. St.-Pr.	82,25	8
† Russis. Staatsb.	104,75	6,08
Südöster. Lomb.	—	5
Schweiz. Unionb.	10,40	0
do. Westb.	21,25	1⅓
Warschau-Wien	261,90	—

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	100,30
† Kaschau-Oderbg.	5	78,10
† Kronpr. Rud.-B.	5	85,10
† Oest.-Fr. Staatsb.	3	320,25
† Südöst. B. Lomb.	3	248,40
† Südöst. 5% Oblg.	5	86,75
† Oester. Nordwestb.	5	87,10
do. do. B. Elbethal	5	71,40
† Ungar. Nordostb.	5	67
† Ungar. Ostbahn	5	62,40
Brest-Grajewo	5	88
† Charko-Azow rtl.	5	99,60
† Kursk-Charkow	5	99,50
† Kursk-Kiew	5	100,25
† Mosco-Rjäsan	5	101,20
† Mosco-Smolensk	5	99,60
Rybinsk-Bologoye	5	92,40
† Rjäsan-Kozlow	5	100,30
† Warschau-Tereßp.	5	99

Bank- und Industrieactien.

		Divid. 1873.
Berliner Bank	72,50	0
Berl. Bankverein	79	5½
Berl. Cassen-Ver.	272,10	29
Berl. Com. (Gec.)	58	0
Berl. Handels-G.	116,25	6½
Berl. Wechslerbk.	52,75	0
Bresl. Discontob.	83,50	2½
Centralb. f. Bauten	56	5
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	74,50	4
Danzig. Bankver	68	3
Danziger Privatb.	114	7¼
Darmst. Bank	140	10
Deutsche Genoß. B.	100	3
Deutsche Bank	85	4
Dtsch. Eff.- u. W.	111,90	9⅙
Deutsche Unionb.	70,75	1
Disc.-Command.	159,50	14
Gew.-Bk. Schuster	63	0
Int. Handelsges.	61,50	—
Königsb. Ver.-B.	78	0
Meining. Creditb.	90	5
Norddeutsche Bank	143	10⅘
Oest. Credit.-Anst	—	5⅝
Pom. Ritterschf.-B.	125	9
Preußische Bank	142,75	20
do Bodencr.-B.	104,50	0
Pr. Cent.-Bd.-Cr.	120,20	9½
Preuß. Crd.-Anst.	56,50	0
Schaffhaus. Bnkv.	118	—
Schles. Bankverein	106,50	6
Stett. Vereinsbank	81	0
Ver.-Bk. Quistorp	25,10	0
Bauverein Passage	22,25	—
Berl. Centralstraß.	36,90	5
Deutsche Baugef.	53	0
do. Eisnb.-B.-G.	31,70	0
do. Reichs-Cont.	84	8
Wiseman Bau-G.	30	2½
A. B. Omnibusg.	112,50	15
Gr.-B.-f. Baumat.	38,75	0
H.-A. f. B. u. W.-A.	11	—
Nordd. Pap.-Fabr	40	0
Wöhlert Masch.-Fbr.	40,50	—
Westend-Gesell.	17,10	0
Baltischer Lloyd	26	—
Elbing-Eisenb.-F	0,75	0
Königsbg. Vulkan	32	0
Münnich, Ch. M.	20,50	—
Oberschl. Eisnb.-B.	55	5

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Divid. 1873
Dortm. Union Bgb.	30,10	—
Königs- u. Laurah.	126	—
Stolberg, Zink	28	9
do. St.-Pr.	87	6½
Victoria-Hütte	59,50	—

Wechsel-Cours v. 20. Jan.

Amsterdam	8 Tg.	3½	—
do.	2 Mn.	3½	—
London	3 Tg.	4	—
do.	3 Mn.	4	—
Paris	8 Tg.	4	—
Belg. Bankpl.	8 Tg.	4½	—
do.	2 Mn.	4½	—
Wien	8 Tg.	4½	182,60
do.	2 Mn	4½	181,60
Petersburg	3 Wch.	5½	281,60
do.	3 Mn	5½	279,40
Warschau	8 Tg.	5½	282,50

Sorten.

Louisd'or	—
Dukaten	9,58
Sovereigns	20,45
Napoleonsd'or	16,29
Imperials	—
Dollar	—
Fremde Banknoten	99,80
Oesterreichische Bankn.	182,90
do. Silbergulden	191,80
Russische Banknoten	283,55